

20 | Dezember/Jänner  
1975/76

# Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 6 Tariferhöhungen: Uns reicht's, wem noch?
- 7 Die nächste Benzinpreiserhöhung kommt bestimmt
- 11 Drei Prozent Reallohninbuße: Die neue ÖGB-Formel?
- 15 Wem nützt die Chile-Solidaritätsfront?
- 24 Der Bürgerkrieg im Libanon
- 29 uni news: Stipendienkampagne: Fordern - aber wie und mit wem?

## Eine schöne sozialdemokratische Wirtschaft

### Unsere Haltung vor den Wahlen

In der Erklärung der FÖJ-Bewegung für Sozialismus zu den Nationalratswahlen 1975 hieß es unter anderem: "Wir können .... bei den Wahlen unsere Vorstellungen einer linken Alternative nicht zum Ausdruck bringen. Durch eine Wahlenthaltung würden wir jedoch an diesem, auch für die Linke nicht völlig bedeutungslosen Ereignis vorbeigehen. Was bleibt, ist die taktische Entscheidung, in welchem parlamentarischen Rahmen die Linke günstigere Kampfbedingungen vorfindet. Deshalb haben wir uns entschieden, am 5. Oktober SPÖ zu wählen. Wir stellen mit Nachdruck fest: Bei dieser Wahl wird nicht über die Politik der nächsten vier Jahre entschieden, sondern - bestenfalls - der Rahmen und die Bedingungen für den Kampf um die Politik, den Klassenkampf, abgesteckt.

Der Arbeiterklasse drohen massive Angriffe - es wird verstärkt versucht werden, die Kosten der Krise des Kapitalismus auf sie abzuwälzen. Der eine Gegner, der Unternehmer, ist gegeben. Über den anderen, die Regierung, wird bei den Wahlen entschieden.

Derzeit gibt es zur SPÖ-Regierung keine linke Alternative - nur eine

rechte. Die Mehrheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten weiß dies - auch ohne Belehrung -, sie wählt SPÖ und wird damit voraussichtlich eine Regierung Kreisky III erwirken."

### Kreisky III und „Opposition“

Die Regierung Kreisky III ist im Amt, unsere Einschätzung erwies sich als richtig. Eine langatmige und nichtsagende Regierungserklärung wurde im Parlament von Kreisky verlesen und von der ÖVP mehr, von der FPÖ

weniger demagogisch kritisiert. (Taus glaubte den Sozialismus auf Raten in der Regierungserklärung unauffällig verpackt entdecken zu können; da der FPÖ so eine unanständige Enthüllung zur Zeit nicht schickt, schweiften sie ab und zurück in die Vergangenheit. Sie sprach vom "Untermenschentum" durch den Mund ihres Abgeordneten Zeilinger und wollte damit die Beteiligten an der Iberia-Aktion treffen. Die "Volksstimme" schwieg betroffen: hier wurde von ganz rechts kräftig in ihre eigene Kerbe gehauen. SPÖ-Clubobmann Fischer verwahrte

Seite 3



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX ★

## offensiv links

**OFFENSIV**, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

**LINKS**, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10,  
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145  
Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10  
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5,-  
Abonnement: S 50,- jährlich

Kontonummer:  
223-102-976, Länderbank Wien

### Zivildienst:

# Was Gewissen ist bestimmt die Kommission

Am 1. Jänner 1975 trat das Zivildienstgesetz in Kraft - wer vor einer Zivildienstkommision glaubhaft machen kann, aus schwerwiegenden Gewissensgründen keine Waffengewalt gegen andere Menschen anwenden zu können, ist zivildienstpflichtig und damit von der Wehrpflicht befreit.

Seit dem 1. April, bzw. 1. Oktober dürfen ca. 300 Zivildienstleistende in ganz Österreich, die sich vor dieser Kommission "bewährt" haben, in Kranken- und Pflegeanstalten, Rettungswesen, etc. "dem allgemeinen Besten" dienen.

8 Monate haben sie die "...aufgetragenen Dienstleistungen gewissenhaft zu verrichten und die dienstlichen Weisungen pünktlich und genau zu befolgen..." (§22, Abs. 2).

Tun Zivildienstpflichtige das nicht, drohen 2 Wochen Arrest bzw. 3.000 S Strafe wegen Verwaltungsübertretung. Überhaupt werden Unbotmäßigkeiten streng geahndet: z. B. dauernde Enthaltsamkeit vom Zivildienst hat Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr zur Folge. Ist man reuig und stellt sich binnen 6 Wochen, um den Zivildienst anzutreten, wird daraus nur mehr eine Verwaltungsübertretung (bis 3 Monate Arrest).

Auch die "Herbeiführung" der "gänzlichen oder teilweisen Dienstuntauglichkeit" wird bestraft (bis 6 Monate Freiheitsentzug). Selbstverstümmelungen und Suizidversuche sind also zu unterlassen!

Der Zivildienstler hat nicht nur keine Mitbestimmungsrechte, er ist auch einer behördlichen Überwachung und Reglementierung ausgeliefert, die durch die Auskunftspflicht des dienstlichen Vorgesetzten gewährleistet wird. Auch die Anerkennung von Einsatzstellen wird ohne Mitwirkung und Kontrolle von Zivildienstlern vorgenommen. Sie ist momentan Sache des zuständigen Landeshauptmannes.

Der Gesetzgeber war also ehrlich bemüht, im Zivildienst den militärischen Befehls- und Gehorsamsstrukturen adäquate Hierarchien zu installieren.

### INHALT UND FUNKTION DES ZIVILDienstGESETZES

Diese Form des Zivildienstgesetzes ist natürlich kein Zufall - soll doch damit die "...Funktionsfähigkeit des Bundesheeres nicht in Frage gestellt werden." (Aus "Erläuterungen" zur Regierungsvorlage).

Verweigert darf nur aus "schwerwiegenden, glaubhaften Gewissensgründen" werden. Wer bei "...Leistung des Wehrdienstes in schwere Gewissensnot geraten..." würde, darf auf Verständnis hoffen.

Dünken der Kommission die warnenden Stimmen eines gepeinigten Gewissens lauter als die der Militärbürokraten, NATO-Hauptquartiere und Kapitalvertreter, wird man Zivildienstpflichtiger. Der Sinn dieser abstrusen Gewissensforschung ist klar: man kontrolliert die Zahl der anerkannten Wehrdienstverweigerer.

Wer hinter dem Militär die ursächlichen politischen und ökonomischen Machtverhältnisse infrage stellt, in dem Bundesheer den Kettenhund des Kapitals sieht, den man auf rebellierende Arbeiter hetzt und so als politische Konsequenz den Wehrdienst verweigert, wird nicht akzeptiert - "eine derartige Regelung wäre der Beginn der Auflösung des Staates."

(Aus "Erläuterungen" zur Regierungsvorlage.) Da überschätzen die Herren, die die Regierungsvorlage ausarbeiten, sicherlich die gesellschaftlichen Auswirkungen der politischen Wehrdienstverweigerung - in dem sie jedoch die Wehrdienstverweigerung auf die Ebene abstrakter, einsamer Gewissensentscheidung heben und damit dem Verweigerer in ein Einzelschicksal drängen, sollen der Verweigerung die gesellschaftskritischen Inhalte genommen werden.

Der Zivildienst soll also für einige "Verrückte" das Bundesheer ersetzen. Die Forderung nach der Legalisierung der Wehrdienstverweigerung und die Einführung eines Alternativdienstes

mit friedens-politischen Zielsetzungen, die aus der wachsenden Kritik am Militarismus Ende der sechziger Jahre und dem Anti-Bundesheer-Volksbegehren entstand, wurde von der SP aus wahltaktischen Gründen aufgegriffen. Zum vorliegenden Gesetz degeneriert konnte es auch von den beiden bürgerlichen Parteien VP und FP akzeptiert und zur Glättung ihrer liberalen Larven verwendet werden. (Das Gesetz machte eine Verfassungsänderung notwendig, brauchte also eine Zwei-Drittel-Mehrheit.)

Kurz und gut - die öffentliche Diskussion um den Militarismus verstummte, Arbeitskräfte für die sozialen Schwachstellen unserer profitorientierten Gesellschaft lassen sich nun rekrutieren. Für unsere politischen und ökonomischen Machthaber sind das sicher nicht unangenehme Folgen ihrer liberalen Entgleisung.

Inzwischen sorgen Bundesheerreform, Bereitschaftstruppen für den "Objekt-schutz" etc. für eine effizientere Bürgerkriegsarmee.

#### PERSPEKTIVEN

In diesem Zivildienst bietet man einigen wenigen einen Freiraum an, Unmut gegen Militär und seine Hierarchie soll kanalisiert, ungefährlich gemacht werden. In diesem Sinn dient das Gesetz zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo.

Vereinzelt zeichnen sich schon Widersprüche ab: der Anspruch vieler Verweigerer, friedenspolitische Alternativen zu erarbeiten und praktizieren zu wollen, wird durch den Arbeitsdienst keineswegs befriedigt, Probleme wie Arbeitszeit, Urlaub, etc. führen zu Diskussionen über eine gewerkschaftliche Organisation; auch die Zivildienstkommission steht im Schußfeld der Jugendorganisationen.

Diese Ansätze lassen hoffen, es liegt an den Linken, die Bewußtwerdung der Zivildienstler zu fördern und damit das Bundesheer und Militarismus für die Jugend zu relativieren.

G.K.



Fortsetzung von Seite 1

## Eine schöne sozial-demokratische Wirtschaft

sich gegen den Ausdruck. Aber das sind Parlamentsg'schichten.) Die ÖVP sah jedenfalls den totalen Staatsbankrott auf uns zukommen und hämmerte treuherzig aufs Rednerpult (da ist doch Feuer am Dach!): die Krise ist da, aber es ist keine Systemkrise, nicht der Kapitalismus ist daran schuld. Gottbewahre, sondern Kreisky und sein Team in Österreich, und in anderen Ländern halt deren Kollegen, die Stümper sind. Alles in allem Konfusion und Betretenheit. Es war keiner da, der die eigentlichen Widersprüche der Regierungserklärung und der Budgetpolitik der SPÖ aufgedeckt hätte. Dabei hätte ein Blick zurück auf die Wahlwerbung der SPÖ genügt, um schwerwiegende Kursänderungen seit dem Wahltag festzustellen.

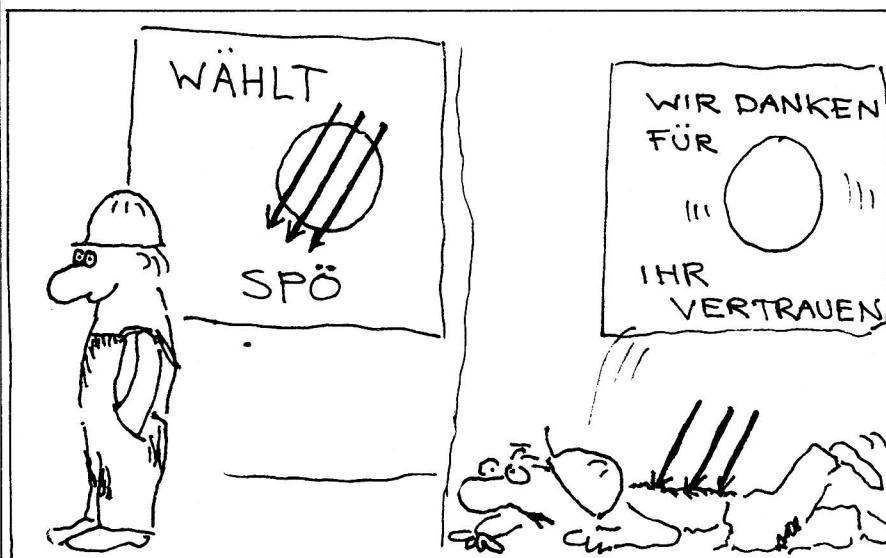
### Die Wahlwerbung der SPÖ

Die SPÖ argumentierte vor den NR-Wahlen im wesentlichen so: Österreich sei dank der Politik Kreiskys wirtschaftlich (Arbeitslosigkeit und Inflation) besser daran als die meisten anderen Industrieländer Westeuropas. Freilich könne auch Österreich nicht vollständig vor den Auswirkungen der weltweiten Krise abgeschirmt werden, aber es gehe eben darum, die Folgen dieser Krise (die sozusagen nach Österreich importiert wurde) hierzulande

mit Mitteln und Methoden zu bekämpfen, die den Erfordernissen der (kapitalistischen) Marktwirtschaft Rechnung tragen sollen, ohne dabei einer kapitalistischen Krisensanierung Tür und Tor zu öffnen. Mit anderen Worten: Vollbeschäftigung und Sicherung der Arbeitsplätze haben Vorrang. War das von Kreisky ehrlich gemeint oder als Köder gedacht, in beiden Fällen könnte es, nachdem es von der Mehrheit der österreichischen Lohnabhängigen auch "geschluckt" wurde - das ist die Quintessenz der Entscheidung vom 5. Oktober! - es könnte den Altmeister der politischen Zauberstückeln zum Gefangenen seines eigenen Fangs machen. Diese Erwartungen der Mehrheit der Österreicher, der Lohnabhängigen eben, zu enttäuschen, dürfte keine leichte Sache sein, die Folgen wären abzusehen. Genau das aber ist's, was Kreisky ins Auge zu fassen hat.

### Die wirtschaftliche Entwicklung

Denn in jüngster Zeit werden die Prognosen auch bürgerlicher Wirtschaftsfachleute immer ungeschminkter und offener. Sie lassen in



ihren neueren Analysen durchblicken, daß die langandauernde Konjunkturlage auf die Rekonstruktionsperiode des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, auf die weitgehende Integration des Weltmarktes nach imperialistischen Prioritäten und Gesichtspunkten, unter dem Diktat der terms of trade (der Preise und Modalitäten des Handels) der wirtschaftlich stärkeren kapitalistischen Länder gegenüber der Dritten Welt zurückzuführen ist. Mittel- und längerfristig wird mit einer langandauernden Periode der Stagnation gerechnet, mit kurzen Aufschwüngen und langen Abschwüngen. Das Treffen der Repräsentanten der großen 6 der kapitalistischen Weltwirtschaft in der Nähe von Paris (USA, BRD, Frankreich, England und Japan) ist trotz aller zweckoptimistischer Verlautbarungen als diplomatisches Eingeständnis dieser Entwicklung einzuschätzen. Die Absprachen, die da getroffen wurden, sind gewiß "gutgemeint", nützen können sie soviel oder sowenig wie ein aufgespannter Regenschirm dem Durstenden in der Wüste helfen kann: er bringt zwar keinen Regen, dämpft aber etwas die glühenden Sonnenstrahlen.

## Die Erklärung der Sechs

Einengung der Wechselkursschwankungen auf den Devisenmärkten durch verstärkte und dadurch wirksamere Intervention der Zentralbanken kann solange funktionieren, bis ein Run, die organisierte Spekulation auf eine bestimmte "kopflastige" Währung einsetzt – dann ist wieder die Frage, was einer "Nationalwirtschaft" näher ist, das Hemd oder der Rock, ihr eigenes Überleben oder das Allgemeinwohl des Ganzen. Der Appell auf Abbau und Verzicht auf protektionistische Maßnahmen im Handel ist genauso platonisch: Wenn französische Bauern italienische Weintanker abfangen und ihren Inhalt auslaufen lassen, wenn billigeres importiertes Fleisch nicht ausgeliefert wird oder erst gar nicht abgenommen, sondern zum lieben Nächsten geschickt wird, bis die Ware verdirbt usw. usf. – dann ist eben höhere Ge-

walt im Spiel, und die Staatsmänner können ihre Hände in Unschuld waschen.

Es wurde einmütig erklärt, daß der Kampf gegen "Unterbeschäftigung" (klingt so schön wie "Unterkonsumtion" statt Überproduktion), also gegen Arbeitslosigkeit Vorrang haben müsse – aber... er darf die Inflation nicht anheizen. Und das in einer Situation, wo tatsächlich die Produktion stagniert und trotzdem die Preise steigen! Der Haken bei der Sache ist nämlich der, daß die Fabrikherren zwar "überflüssiges Personal abbauen", daß diese aufs Pflaster geworfen werden, wie eh und je, daß sie aber heutzutage einen derart gefährlichen politischen Faktor darstellen, daß sie vom Staat entsprechend unterstützt werden müssen, z. T. sich anderweitig "schwarz" beschäftigen und beschäftigen lassen, also durchaus das Spiel von Angebot und Nachfrage unterlaufen – worauf die Vorstellung: Arbeitslosigkeit – geringere Nachfrage – Senkung der Preise und der Inflation naiv hinausläuft.

Man verwahrte sich gegen eine neue "Erdölhaube" (Erhöhung der Erdölpreise seitens der Produzentenländer in der OPEC), läßt aber mit sich über eine allgemeine Regelung der Rohstoffpreise nicht reden. Schließlich will man die Zahlungsbilanzen, deren Defizite der Nachfrage abträglich sind, durch wirtschaftliche Wiederankurbelung entschärfen. Dies ist aber bei den "Entwicklungsländern", die zum Großteil auch die rohstoffproduzierenden Länder sind, erstens chronisch der Fall, und es findet doch keiner der Sechs was dabei, da es bei solchen Ländern geradezu zur Abhängigkeit vom Imperialismus beiträgt. (In Portugal sieht man genau, wozu sowas gut ist: die angebotenen Gelder, die "wiederankurbeln" sollen, dienen der politischen Erpressung.) Zweitens: Zahlungsbilanzdefizite sind Ausdruck kapitalistischer Konkurrenz auf dem Weltmarkt; solange es sie gibt, wird es stärkere und schwächere Konkurrenten geben. Nachträgliche "Umverteilungen" auf Kredit und guten Glauben können sogar den gegenteiligen Effekt bewirken, wie es die BRD auf der einen, Japan auf der anderen Seite zeigen. Merk's: es rieselt im Gemäuer, es kriselt ungeheuer.

## Wirtschaftliche

### Konsequenzen der SPÖ

Zurück zu Österreich. In der Regierungserklärung hieß es – und dieser sehr gravierende Widerspruch wurde von keiner "oppositionellen" Seite aufgezeigt – nicht mehr Vollbeschäftigung, sondern: die Zahl der Arbeitslosen müsse in Grenzen gehalten werden. In welchen? Androsch versuchte sie mit seiner Budgetpolitik möglichst eng zu ziehen. Diese Politik der Staatsverschuldung wird vom "Kurier" tags darauf realistisch und ehrlich mit dem Hinweis in Frage gestellt, daß der Unternehmer die billigen Kredite sich einfach schenken lasse, wenn er das Geld nicht zu lockenden Gewinnraten anlegen kann; er wird dem Vater Staat und den Arbeitslosen zuliebe nicht vermehrt investieren, jedenfalls nicht über das für die Aufrechterhaltung seines Betriebes unbedingt notwendige Maß hinaus. Eine solche Politik konnte die österreichische Wirtschaft, die sehr stark von Außenmärkten und deren Konjunkturschwankungen abhängig ist (BRD vor allem), über die unmittelbaren Auswirkungen vorübergehender Rezessionen wie in den Jahren 1966/67 hinwegbugsieren (durch einen g'sunden Stoßer aus der Subventionsecke). Über längere Zeiträume hinweg – und darauf scheint sich doch alles einzustellen – hilft das wenig, im Gegenteil kann das ab einem gewissen Punkt den katastrophalen Lauf der Dinge noch beschleunigen.

Wozu nebenbei Subventionen, die für die Konjunkturbelebung gedacht sind, gut sein können, entnehmen wir wieder dem aufrichtigen "Kurier" (18.11.1975, S. 11). Da heißt es: "Im Burgenland ist die Investitionslust auf den Nullpunkt gesunken. Es werden fast ausschließlich nur noch Ergänzungs- und Rationalisierungsinvestitionen gemacht, wurde kürzlich bei einem Konjunkturgespräch in Eisenstadt berichtet." Was heißt "rationalisieren" auf gut Unternehmerisch? Ganz einfach: Menschen durch moderne Maschinen ersetzen.

### Die Haltung des ÖGB

Auch das Verhalten des ÖGB spricht Bände. Benya, der vor einiger Zeit

noch - bescheiden - von jährlich 3% Reallohnsteigerung gesprochen hat, übte sich vor der letzten Kollektivtarifrunde in den seltsamsten Bocksprüngen der Berechnungstechnik von Reallohn, Produktivitätszuwachs bzw. Bruttosozialprodukt, minusplus Inflation abgegolten in bezug auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, alles schön solidarisch - mit dem Unternehmer. Wieder soll die österreichische Arbeiterschaft durch mustergültig einfältiges Verhalten die schlaunen und eigennützigten Kapitalisten beschämen und zur besseren Einsicht bringen. Der Kapitalismus funktioniert aber nicht nach den 10 Geboten, auch nicht nach dem Schema "Seid's nett zueinander!", genau dann nämlich würde er schon gar nicht funktionieren. Wo bliebe da Cleverness, Unternehmungsgeist, guter Appetit, ja Heißhunger nach einem: dem alles treibenden, alles begeilenden, stets auf Trab haltenden, das Äußerste an Wagnis, Kühnheit und Einsatz erheischenden und lohnenden Profit?

## Politische Konsequenzen der SPÖ

Die SPÖ sieht sich nach dem Erfolg am 5. Oktober nachhinein vor einem Phyrhus-Sieg. Von rechts ist sie bereits gehörig unter Druck gesetzt. Die ÖVP wehrt sich ihrer Haut und dreht den Spieß um: Kreisky ist schuld, nicht der Kapitalismus. Der Druck von unten, von der Basis, hat noch nicht voll eingesetzt, denn auch die oben skizzierte Entwicklung hat sich in Österreich noch nicht voll entfaltet. Mit den zunehmenden Auswirkungen der Krise, droht auch der Druck von unten stärker zu werden. Dieser Druck bedeutet nicht automatisch eine Linksentwicklung. Er könnte auch die Abkehr der Basis nach rechts bedeuten. Was aber die SPÖ nicht weniger ins Kalkül zu ziehen hätte.

Die Antwort der SPÖ in dieser Situation: Einerseits versucht die SPÖ die Schwächung der ÖVP nachhaltig durch die unaufhörliche Favorisierung der FPÖ zu betreiben. Dieses ureigenste Konzept Kreiskys deckt sich im übrigen vollkommen mit der gesamten Geschichte und Fortentwicklung des Nachkriegsopportunisten der österreichischen Sozialdemokratie: die

nicht einmal in Ansätzen bewältigte Vergangenheit des Nazi-Faschismus, der Antikommunismus, die Haltung des SP-Außenministers Kreisky in der Südtirolfrage ohne nennenswerten Widerstand in seiner Partei, die totale Kapitulation im Ortstafelkrieg und die Flucht nach vorn aus dieser Niederlage durch das Versprechen der schändlichen Minderheitenfeststellung in Kärnten, jetzt die Sache mit Wiesenthal (der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Österreichs der Endlöser der Antisemitismus-Frage zugunsten des Antisemitismus?) - das ist unerhört logisch und konsequent in einem gewissen Sinn, da greift eins ins andere, das ist bruchlose Kontinuität, eine reibungslose Abfolge von stillen und lauten Niederlagen der Arbeiterbewegung über den bombastischen Aufstieg der Sozialdemokratie zur Regierungsmacht. Vielleicht wird durch eine solche Politik eine ÖVP tatsächlich überflüssig gemacht. Es kann aber genauso gut - vom bleibenden Schaden in der österreichischen Arbeiterbewegung ganz abgesehen - zu einem Bumerang werden: der Feind (ÖVP), den die SPÖ mit dessen eigenen Schlichen, Kniffen und Ideen schlagen wollte, existiert nicht mehr, weil die SPÖ sich selbst so gründlich gewandelt hat, daß er, der Feind, in doppelter Stärke nun im vermeintlichen Sieger (SPÖ) dasteht.

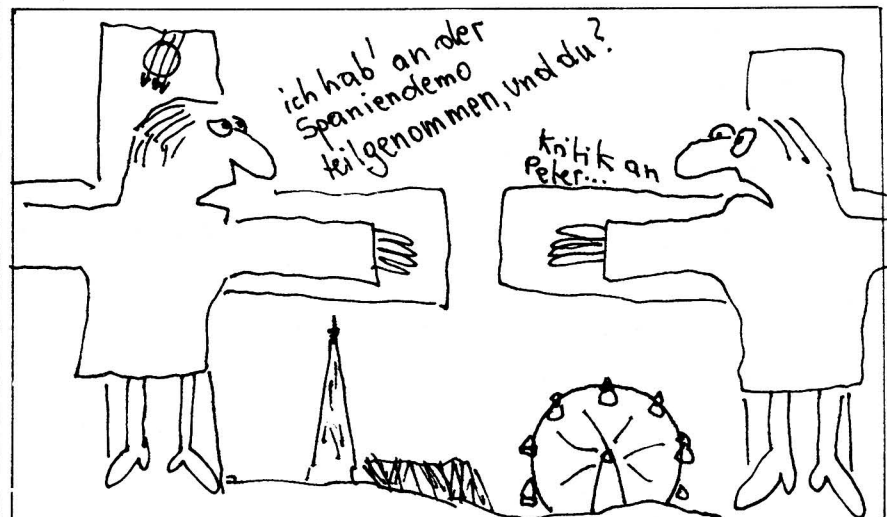
Andererseits und Hand in Hand damit geht die verschärfte Abgrenzung nach links: das dramatisch aufgeblähte Aktionseinheitsverbot, die Isolierung der innerparteilichen Linken. Und das Tragische am Ganzen ist, daß die Rechnung ohne weiteres aufzugehen scheint, weil die innerparteiliche Linke verhältnismäßig noch

schwächer ist als die außerparlamentarische, aber genauso zerrissen, uneinheitlich, sektiererisch und konzeptlos.

## Für eine korrekte linke Politik

Das Jammern freilich hilft nichts. Unsere Taktik sollte die zwei Komponenten der Kreisky-Politik, die gegen rechts, und die gegen links, stets vor Augen halten und mit konsequenter Festigkeit beantworten. Wir müssen die Ursachen der Krise unermüdlich aufzeigen: daß die SPÖ Gefangene ihrer, im Dienste der Erhaltung des Kapitalismus stehenden Politik ist; nicht ihre Politik ist ursächlich schuld an der Krise, sondern das kapitalistische System geht stets mit Krisen schwanger. Aber wir müssen ebenso klar aufzeigen, daß die SPÖ die Krise und ihre Ursachen, den Kapitalismus überhaupt nicht oder nur oberflächlich, mit kosmetischen und systemimmanenten, d.h. wirkungslosen Maßnahmen bekämpft. Das ist ihr Versagen, ihre kommende Niederlage und ihre schwerwiegende Verantwortung vor der Arbeiterschaft.

Wir müssen aber ebenso kompromißlos solidarisch sein mit allen SPÖ-Linken, die jetzt unter die Räder des Wagens kommen, der rollt und rollt und rollt. Das heißt aber auch, daß wir die Lehre für uns wie für alle Betroffenen daraus zu ziehen haben: es gibt keine Möglichkeit und Aussicht, innerhalb der SPÖ eine konsequente linke Politik zu machen. Mehr denn je kommt es darauf an, eine glaubwürdige, kompromißlos, korrekte linke Alternative zur SPÖ zu entwickeln.



## Tariferhöhungen:

# Uns reicht's, wem noch?

Man ahnte es ja schon vor den Wahlen, aber was dann auf die österreichische Bevölkerung wirklich zukam, war beachtlich: die Ankündigungen von Preis- und Tariferhöhungen in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens. Wenn Herr Österreicher eines Tages im Jahr 1976 erwacht und seine Nachttischlampe anknipst, wird er mehr bezahlen müssen (Strom + 20 bis 30 %). Der Frühstückskaffee wird teurer, und auch die Gasflamme, auf der er ihn bereitet. Der Ö 3-Wecker nebenher erinnert an gestiegene Rundfunkgebühren und fährt Herr Österreicher mit dem Auto zur Arbeit, darf er mehr Kfz-Versicherung und höhere Benzinpreise bezahlen; fährt er mit der Straßenbahn, so ist auch diese teurer geworden. Beim Mittagessen erinnert er sich an höhere Fleisch- und Bierpreise, und wenn er dem ganzen entfliehen will, kommt er auch weniger weit als früher: ÖBB und DDSG haben auch Tariferhöhungen angekündigt.

Das Ganze wird - wenn es nicht doch noch gelingt, wenigstens einige der Preis- und Tariferhöhungen abzuwehren - jeden Haushalt durchschnittlich 500 bis 600 Schilling monatlich zusätzlich belasten. Zu diesen Mehrausgaben kommt noch die "normale" Teuerung bei den nicht-preisgeregelten Waren und Dienstleistungen, die nicht nur aus der höheren Mehrwertsteuer resultieren.

Was die Methoden der Ausplünderung betrifft, so sind sie immer wieder originell: hatte vor einem Jahr Wiens Bürgermeister Gratz vorgeschlagen, die Kfz-Steuer zu verdoppeln und dafür den Zulassungsschein als Netzkarte für die Straßenbahn zu verwenden, so schlug jetzt Bautenminister Moser das "Autobahnpickerl" vor, das für 50 bis 100 Schilling monatlich die Benutzung der (ohnehin schon aus Steuergeldern bezahlten) Autobahnen erlaubt. Der Vorschlag wurde dann bald zurückgenommen um stattdessen wieder - die Verdoppelung der Kfz-Steuer zu verlangen... Mautpickerl oder nicht - der Autofahrer wird seine Maut an den Staat und die Erdölkonzerne (höhere Benzinpreise werden ja auch schon gefordert) zahlen müssen!

Bei den Ursachen für diese Tarif- und Preiserhöhungen muß man drei Bereiche unterscheiden:

1. Die Preiserhöhungen, die die Unternehmer vornehmen, die aber wegen der Preisregelung genehmigt werden müssen (Benzin, Bier, Fleisch...). Hier geht es ganz einfach um die Profite, darum, daß etwa Reininghaus weiterhin

12% Dividende auszahlen kann oder die Ölkonzerne halbwegs ihre 500 % Gewinnsteigerung halten können.

2. Die Steuer- und Tariferhöhungen, die dem Staat zugute kommen (Mw-Steuer, Kfz-Steuer, Zigaretten). Hier geht es um folgendes: der Staat muß die Auswirkungen der Krise in Grenzen halten, die Wirtschaft wieder "anzukurbeln" versuchen. Und das macht er durch "Investitionsförderung", "Konjunkturspritzen" und ähnliches, also de-facto Vorauszahlungen der Unternehmerprofite an diese. Und dazu braucht er Geld, und gerade in der Krise gehen die Staatseinnahmen zurück (und außerdem haben die Unternehmer 8 Milliarden Steuerschulden). Das heißt dann "fiskalische Krise" und dem soll durch die Belastung der Lohnabhängigen abgeholfen werden. Die Mehreinnahmen aus Mehrwertsteuer, Kfzsteuer, Zigarettenpreisen, etc. soll die diversen Budgetlöcher stopfen.

3. Die kommunalen Tarife. Bei den Gemeinden wirkt sich die fiskalische Krise so aus, daß sie entweder ihre Sozialleistungen einschränken, die Tarife erhöhen oder in den Konkurs gehen, siehe New York oder Rom. Wenn die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächer ist, werden die Tarife erhöht und das System weiter am Leben erhalten. Und die Bevölkerung muß dann mehr zahlen und darf die Einschränkungen der Sozialleistungen (vom

Kfz-Steuer	+ 50%
Mehrwertsteuer*	von 16 auf 18%
ÖBB	+ 15%
Post*	+ 50 bis 130%
Kfz-Versicherung*	+ 80%
Straßenbahn (Wien)	+ 25%
Benzin	+ 8%
Strom	+ 20 bis 30%
Zigaretten*	+ 10%
Bier	+ 10%
Gas (Wien)	+ 10%
Wasser (Wien)*	+ 25%
Kaffee	+ 20%
ORF-Gebühr	+ 15%
Kohle*	+ 10%
Fleisch	+ 5%
Salz*	+ 18%
DDSG	+ 7 bis 20%
Müllabfuhr und Kanalgebühr (Wien) *	+ 40 bis 50%
Bäder (Wien)	+ 40%

(Die mit \* bezeichneten Erhöhungen sind bereits beschlossen.)

§ 7 in Gemeindebauten bis zu 15-Minuten-Intervallen der Straßenbahnen am Abend) hinnehmen.

Die Preis- und Tariferhöhungen werden die Inflationsrate 1976 in die Höhe schnellen lassen, 9 bis 10% sind wahrscheinlich. Die Maßhalteprediger sind schon seit langem in Aktion, und die unter der Erpressung der Arbeitslosigkeit (80.000 bis 100.000 im Winter) ausgehandelten Lohnabschlüsse reichen nicht einmal zur Teuerungsabgeltung (8,5 % bei den Handelsangestellten!).

Im Unternehmerblatt "Wochenpresse" räsioniert ein Wirtschaftsforscher, daß noch keine Konjunkturkrise länger angehalten habe als maximal 40 Jahre. "Das Problem der Inflation hat sich dann meist durch Krieg oder andere weltbewegende Ereignisse von selbst erledigt". Durch Revolution zum Beispiel, hat er hinzuzufügen vergessen.

P. L.



# Die nächste Benzinpreiserhöhung kommt bestimmt

Anfang September überraschte der Generaldirektor der Mobil AG Austria, Russbach, die Öffentlichkeit mit der betrüblichen Mitteilung, daß das laufende Jahr seinem Unternehmen einen Verlust bringen werde, selbst wenn es zu keiner Erhöhung der Rohölpreise mehr kommen werde. Dies klang umso erstaunlicher, als auf Grund der Bilanzen für 1974 zum ersten Mal ein Ölkonzern (Exxon) General Motors überflügelt und die höchsten Gewinne aller Unternehmen der kapitalistischen Welt erzielt hatte. Daneben schienen in der Liste der zehn Reichsten vier weitere Ölmultis auf. Und da sollte ausgerechnet das Stiefkind Mobil Austria am Hungertuch nagen und ohne Preiserhöhung nicht mehr auskommen?

Zunächst stießen die Wehklagen des Mobil-Generals denn auch auf wenig Verständnis. Selbst die "Presse" wies am 9.9. darauf hin, daß die Rechnung Russbachs falsch sei, da sie von den offiziellen OPEC-Preisen ausgehe, die tatsächlich bezahlten Preise aber durch die von den einzelnen OPEC-Staaten wegen des Absatzrückganges gewährten Rabatte niedriger seien.

Am 14.10. hatte es sich die Unternehmerpostille freilich schon anders überlegt; nun wurde mit Hinweis auf die Erhöhung der Hafengebühren in Triest und auf die Kosten der Vorratslager, die Österreich auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Internationalen Energie-Agentur anlegen muß, einer Erhöhung der Benzinpreise das Wort geredet.

In "Profil" vom 21.10.1975 wurden unter dem Titel "Die Armut der Konzerne" interessante Zahlen veröffentlicht. Statt der manipulierten Reingewinne oder -verluste wurde der "Cash-flow", also der Rohertrag vor Abzug von Abschreibungen, Rücklagen und Gewinnsteuern zum Maß der wirklichen finanziellen Lage genommen. Bei den Großfirmen Esso, ÖMV, BP, Shell Austria

und Mobil Austria, denen die Untersuchung galt, ist der Cash-flow von 1972 bis 1974 durchwegs gestiegen, die Steigerungen gegen das Vorjahr lagen zwischen 21 und 155%. Wesentlich ist, daß von den Multi-Töchtern Shell und Mobil weit an der Spitze liegen - ihnen gehört gemeinsam die in Österreich Öl und Gas fördernde RAG, über die "Profil" schreibt:

"Da Dividenden von mehr als 100% neidische Blicke anzuziehen pflegen, wurde die AG aufgelöst und eine GmbH gebastelt, die ihre Bilanz nicht zu veröffentlichen braucht."

Die ÖMV allerdings verdiente in den genannten Jahren durchschnittlich dreimal so viel wie die genannten Konzerntöchter zusammengenommen. Das zeigt, daß das ganz große Geld bei der Förderung und Verarbeitung des Rohöls, nicht beim Verkauf der Produkte gemacht wird. Da die bedeutenden Ölfirmen aber durchgehend vertikal organisiert sind, also von der Ölbohrung bis zur Tankstelle alles betreiben, können sie natürlich die Gewinne, die sich nicht verheimlichen lassen, ausweisen, wo sie wollen.

Die Produktpreise unterliegen in den europäischen Staaten staatlicher Kontrolle, nicht aber die Preise, die die nationalen Tochtergesellschaften der Muttergesellschaft für das Rohöl zahlen. So gelang es Esso, 1974 einen Bilanzverlust auszuweisen (trotz einem Cash-flow von + 157 Mio. S, wie "Profil" schreibt), der in den

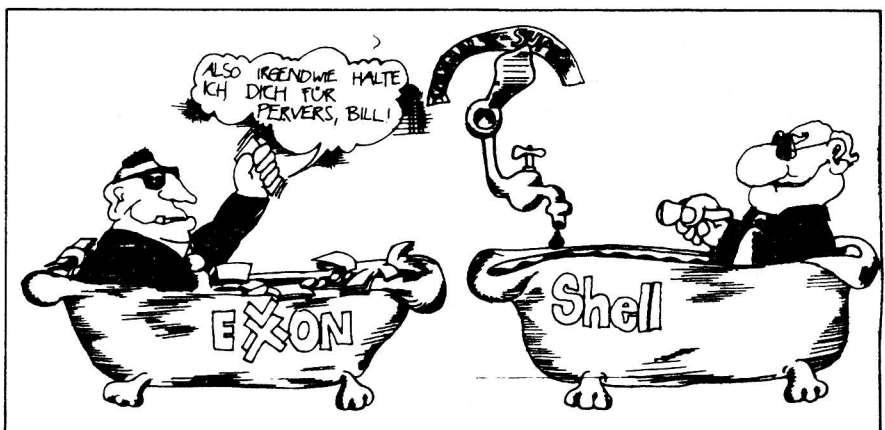
kommenden Preisverhandlungen sicher vorgebracht werden wird; von den Gewinnen der Exxon, die sich durch keine Bilanztricks mehr verschleiern lassen und von der die Esso Öl kauft, das in Schwechat in Lohmarbeit raffiniert wird, und der Schwestergesellschaften, von denen sie Fertigprodukte kauft, wird nicht die Rede sein.

Nun, zur schon vorher "beklagenswerten" Lage der österreichischen Mineralölfirmen ist nun noch eine 10% Erhöhung der OPEC-Preise getreten (bei 35% Kaufkraftverlust des Dollars seit der letzten Erhöhung). Da die Nachfrage nach Öl aber schwach ist und fast alle OPEC-Staaten heuer zu Produktionskürzungen gezwungen waren, bleibt abzuwarten, ob nicht durch weitere Rabatte und Abschläge diese formelle Verteuerung ausser Kraft gesetzt wird.

Solche Zweifel werden aber in der Tagespresse nicht geäußert, so daß der Eindruck entstehen muß, eine Benzin- und Heizölpreiserhöhung sei nun notwendig, und zwar wegen der "Scheichs".

Starbacher spielt zwar den wilden Mann, kündigt eine "strenge Überprüfung" an und erklärt, daß eine Erhöhung vor Jahreswechsel keinesfalls in Frage komme. Er weiß sicher, daß die Forderungen der Ölgesellschaften unberechtigt sind, aber er hat sicher nicht vergessen, daß die belgische Regierung, als sie im Frühjahr 1974 nicht bereit war, eine exzessive Benzinpreiserhöhung zu genehmigen, durch einen Boykott der Konzerne in wenigen Wochen zur Kapitulation gezwungen wurde.

Österreich hat freilich eine Inlandsförderung, die aber nur rund ein Fünf-



tel des Verbrauchs deckt, und die Importe werde zu einem großen Teil von der staatlichen ÖMV durchgeführt - die aber ist durch gemeinsame Unternehmungen, wie die Adria-Wien-Pipeline oder die Trans-Austria-Gaslinie an die Interessen der Multis gebunden, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß sie sich trotz der Riesengewinne der letzten Jahre den Preisforderungen der Konzerntöchter angeschlossen hat - wenn auch angeblich nicht in voller Höhe. Wie "Profil" meint, sei dies aber eine angesprochene Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Gruppen.

Gibt es eine Möglichkeit, dem Preisdiktat der Multis zu widerstehen? Kurzfristig sicher nicht, wohl aber langfristig. Die OPEC-Staaten sind nämlich keineswegs davon erbaut, daß durch die Riesengewinne der Multis die Ölprodukte in den Industriestaaten kaum billiger sind als andere Energieträger. So gibt etwa Saudi-Arabien Öl an staatliche und unabhängige Firmen Rohöl billiger ab als an die großen Konzerne. Dieser Strategie zur Ausschaltung der Ölmultis steht allerdings ein großes Hindernis entgegen: große Teile der Tanker-, vor allem aber fast die gesamte Raffineriekapazität ist in der Hand der Multis. Nur wenn die europäischen Staaten in Zusammenarbeit mit OPEC-Partnern daran gehen, eigene Transport- und Verarbeitungskapazitäten zu schaffen, werden sie auf dem Gebiet der Benzin und Ölpreise souverän werden.

P. H. ★

**Deine  
Versicherungen  
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 14 302

## Zum Schweigemarsch des „Volksbegehrens“ wurde nicht geschwiegen



Der Kardinal führte die ehrenwerte Gesellschaft an ... das Ende bildete NDP-Mann Plessl.

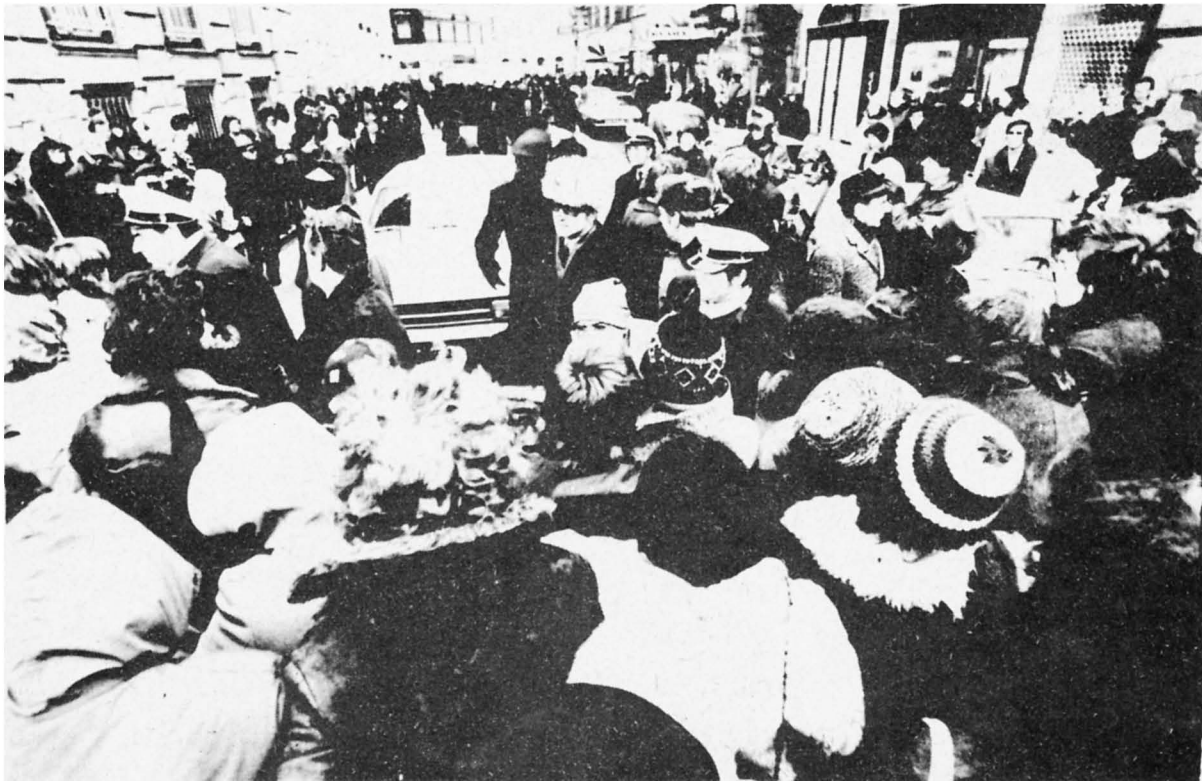


... sprach der Manager und ging demonstrieren!





Auf den Tafeln wurde an einige Opfer des § 144 erinnert. Zum Schutz dieser Opfer hat die "Aktion Leben" nie demonstriert.



Nachdem der Schweigemarsch gestoppt und das Transparent "Kinder oder keine, entscheiden wir alleine" von der Polizei - "Dein Freund und Helfer" - zerrissen war, kam es noch zu kleinen Drängereien, bis alle "Störenfriede" abgedrängt waren.

# Die Herausforderung !?

... Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann folgt für die Gewerkschaftsbewegung in den nächsten Monaten eine Zeit der Bewährung. Denn eines scheint sicher zu sein: Eine Hochkonjunktur, wie wir sie von 1969 bis Mitte 1974 mitgemacht haben, wird so bald nicht wieder kommen. Es ist noch durchaus unsicher, ob der internationale Wirtschaftsaufschwung, für den es deutliche Anzeichen gibt, stark und langanhaltend sein wird. Wir müssen da auf einige Überraschungen gefaßt sein.

Es kann in den nächsten Monaten zu einer Entwicklung in die eine oder in die andere Richtung kommen, das heißt, es kann uns ein Fortdauern, vielleicht sogar eine Vertiefung der Depression ins Haus stehen, es ist aber durchaus möglich, daß ein neuer internationaler Inflationsschub mit stärkeren Konjunkturauftriebstendenzen durchschlägt. Wenn wir nur die längerfristige Entwicklung in der Wirtschaft der Industriestaaten betrachten, so ist ein maximales Wachstum, wie wir es in der Hochkonjunkturperiode registrieren konnten, höchst unwahrscheinlich. Ein mäßiges Wachstum ist möglich. Wir werden auch mit diesem Problem fertig werden müssen.

Wir hatten in den vergangenen Jahrzehnten ein besonders starkes Wachstum, weil einige große Erfindungen, sozusagen Wachstumswellen, wirksam geworden sind...

... Offensichtlich sind wir am Ende einer solchen längerfristigen Wachstumswelle. Aber wir brauchen nicht damit zu rechnen, daß jetzt sozusagen alles abreißt; es ist nur realistisch, sich darauf einzustellen, daß das Ganze auf niedrigem Niveau weitergeht...

... Es hat sich ja nichts fundamental geändert, die Österreicher sind nicht weniger fleißig oder sparsam geworden, die Führungskräfte nicht weniger erfinderisch...

... Sie werden sich erinnern, daß ich nach dem letzten Bundeskongreß eine langfristige Steigerung der Lohn- und Gehaltseinkommen um ungefähr drei Prozent real pro Jahr für möglich erklärt habe...

... Das war aber nur möglich, weil wir eben ein so außerordentlich großes Wirtschaftswachstum hatten...

... Sollte die Wirtschaftsflaute andauern, dann müssen wir als Gewerkschaftsbewegung die Finanzierung eines weiteren Vollbeschäftigungsbudgets fordern. Wir müssen das in dem Bewußtsein tun, daß eine weitere Verschuldung der öffentlichen Körperschaften, insbesondere des Bundes, die Folge sein wird, und wir müssen durch eine entsprechende Einkommenspolitik aber auch eine geänderte Einstellung zur Steuerpolitik diesem Umstand Rechnung tragen. Das heißt: bei der Einkommenspolitik muß besonders verantwortungsbewußt vorgegangen werden, es muß besonders darauf geachtet werden, daß die geschützten Wirtschaftszweige keine besonderen Einkommenserhöhungen erkämpfen, während den ausgesetzten Wirtschaftszweigen, die von der Flaute besonders betroffen sind, nur die Lastentragung übrigbleibt. Wir müssen aber auch in der Bevölkerung das Verständnis dafür erwecken, daß die Schulden, die man zur Erhaltung der Vollbeschäftigung macht, zurückgezahlt werden müssen und daß dazu der Staat, sobald die Konjunkturlage sich verbessert, entsprechend höhere Einnahmen benötigt. Bei den Vollbeschäftigungsbudgets müssen wir allerdings größeres Gewicht darauf legen, daß die Aufgaben den nachfrageschwachen Wirtschaftszweigen zugute kommen...

... Wir müssen uns also darauf vorbereiten, gegebenenfalls die Stabilisierungsinstrumente rasch und entschlossen einzusetzen...

... In der Praxis würde das bedeuten, wieder die Kreditbremse anzuziehen und bei den Staatsausgaben, wo immer möglich, äußerste Sparsamkeit walten zu lassen. Wir haben uns unter größten Anstrengungen von einer knapp unter 10 Prozent liegenden Inflationsrate auf eine über 8 Prozent liegende heruntergearbeitet und wollen ja schrittweise in ein ruhigeres Fahrwasser oder, in Zahlen ausgedrückt, unter eine etwa 5- oder 6-prozentige Inflationsrate heruntorkommen...

... Dabei erhebt sich natürlich die Frage: Warum schrittweise von der noch immer sehr hohen Inflationsrate herunterkommen und warum nicht mit einem großen Ruck? Die Antwort ist verhältnismäßig einfach: Das würde sehr große Spannungen in der Volkswirtschaft auslösen, und wenn wir eine elastische Verteidigung gegen den Inflationsdruck geführt haben, um nicht solche schwere Spannungen hervorzurufen, müssen wir auch beim Herunterbremsen vorsichtig sein, um nicht ins Schleudern zu kommen und damit Firmenzusammenbrüche hervorzurufen. Natürlich bedeutet das auch, daß wir mit den nominellen Zuwachsraten bei den Lohn- und Gehaltsbewegungen schrittweise zurückgehen müssen, und dieser Prozeß ist ja im Gange...

Anton Benya

(Auszüge aus dem Referat am 8. ÖGB-Bundeskongreß, erschienen unter dem Titel "Die Herausforderung", in der "Solidarität", Nr. 554, Dezember '75.)

**"Börsianer vertrauen auf Kreiskys Wahlversprechen von Sicherheit und guter Zukunft: Gleich am Montag nach den Wahlen trat eine wahre Hausse ein. Die Bestätigung der Großindustriepolitik der Regierung, die gleichzeitig eine Industriesicherung sein muß, trieb die Kurse in ungeahnte Höhen."**

**Aus: "profil-ecco" 42/75**

Drei Prozent Reallohn einbuße:

# Die neue Formel der ÖGB-Bürokratie?

Interview mit Gen. Peter Zottl, BRO der Fa. Eldorado (Textilbranche) zu den Abschlüssen der Privatangestelltengewerkschaft - Sektion Handel.

OL: Genosse Zottl, die GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten) ging mit Lohnforderungen im Ausmaß von 17% in die Lohnverhandlungen. Dazu kam noch ein Sozialpaket mit Forderungen wie der nach Ausweitung der arbeitsfreien Samstage u. dgl. m. Wie beurteilst Du diese Forderungen?

PZ: Ich muß zugeben, daß ich überrascht war: Zwar waren eine Reihe von Forderungen der GE, wie etwa die nach einer linearen Lohnerhöhung (Erhöhung in Schillingbeträgen) oder zumindest eines Sockelbetrages für die unteren Einkommen nicht erfüllt; aber ich habe nach den Maßhalteappellen der Gewerkschaftsspitze nicht erwartet, daß die Sektion Handel doch so hohe Forderungen stellen würde und noch dazu ein ganzes Forderungspaket auf den Tisch legen würde.

OL: Könntest Du uns erklären, wie Du Dir das Zustandekommen dieser für die ÖGB-Bürokratie doch immerhin erstaunlich hohen Forderungen erklärt hast?

PZ: Zum ersten muß festgehalten werden, daß die Forderungen in ihrem Ausmaß absolut nicht überhöht waren, sondern in der Situation der Handelsangestellten durchaus als gerechtfertigt zu bezeichnen sind: Zur Zeit sind etwa 300.000 Angestellte in diesem Zweig tätig. In unserer Branche ist nur jeder 6. Samstag arbeitsfrei, d.h., daß es für die Samstage keine Überstundenregelung gibt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen verdienen nicht mehr als 3.000 bis 5.000 ö.S. Wir gehören also sicher zu den schlechtest gestellten Privatangestellten - Du brauchst uns nur etwa mit den Industrieangestellten zu vergleichen, wo schon lange die 5-Tage-Woche eingeführt wurde und die Gehälter auch weit über unseren liegen.

Zum zweiten dachte ich, daß die Gewerkschaft einen Ausweg aus der Rezession sucht, der den Lösungs-

vorschlägen der Unternehmer entgegengesetzt ist: Daß die Strategie der Gewerkschaft aus der Rezession heraus darauf hinausläuft, die Massenkaufkraft zu stärken, während die Unternehmer immer vom Maßhalten schwafeln. Bei immerhin 300.000 Angestellten hätte sich die Gewerkschaft durchaus einen bestimmten Effekt von einer Lohnerhöhung versprechen können.

Zum dritten schien diese Forderung nach den Erfahrungen der letzten Gehaltsverhandlungen doch auf die Benya-Formel von den berühmten 3 % Reallohn erhöhungen hinauszuweisen.

Heute aber bin ich eher der Auffassung, daß die Gewerkschaftsstrategie auf besonders negative Aspekte der Sozialpartnerschaftspolitik hinausläuft: Die Basis und im speziellen die Betriebsräte vor den Verhandlungen zu befrieden und für die Verhandlungen selbst freie Hand zu haben. Die 17% Forderung war jedenfalls Frotzelei, eine plumpe Überumpelungstaktik.

OL: Hatten die Betriebsräte eigentlich die Möglichkeit, über den Stand der Verhandlungen informiert zu werden, bzw. auf diese Einfluß zu nehmen?

PZ: Während der Verhandlungen gab es keine Information; dem wird aus prinzipiellen Gründen ausgewichen, weil nach Meinung der Gewerkschaftsspitze die ca. 40 Kollegen des Verhandlungskomitees ohnedies allein befugt sind, die Kollektivverträge auszuhandeln.

Unserer Meinung nach müßten zumindest die Betriebsräte kontinuierlich beteiligt sein. Spätestens nach den Urteilen, die aus der Handelskammer nach dem Verlauten unserer Forderungen gekommen sind, hätte die Gewerkschaft eine Betriebsrätekonferenz einberufen müssen, um diese genauer zu informieren und die Kampfbereitschaft zu stärken.

Außerdem hätte die Gewerkschaft versuchen müssen, gerade jetzt in der Vorweihnachtszeit das Verständnis der Bevölkerung zu erwerben.

Diese Betriebsrätekonferenz hätte darüberhinaus noch die entsprechenden Maßnahmen gegen den Unternehmerstandpunkt treffen können; wie später durchgesickert ist, haben die Unternehmer nur 4% Lohn- und Gehaltserhöhungen angeboten.

Schließlich sah sich die zuständige Fachgewerkschaft doch dazu gezwungen, eine Betriebsrätekonferenz während der Verhandlungen einzuberufen. Trotz der Anwesenheit eines Großteils der Betriebsräte, wurde sie im letzten Moment von den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen abgesagt. Als ich später diese Politik der Gewerkschaft angegriffen habe, teilte mir der zuständige Sekretär mit, die interessierten Kollegen seien bei dieser abgesagten Konferenz ohnedies informiert worden. Tatsache ist, daß zahlreiche anwesenden Betriebsräte - mich eingeschlossen - weder individuell noch sonst irgendwie informiert worden sind, obwohl sich deren Interesse schon darin ausdrückte, daß die Kollegen durch halb Wien an den Sitz der NÖ-Arbeiterkammer gekommen waren, um sich informieren zu lassen.

OL: Wie haben eigentlich die Kollegen das Verhandlungsergebnis aufgenommen?

PZ: Einen Tag nach Abschluß der Verhandlungen wurde wieder eine Betriebsrätekonferenz einberufen und dort das Ergebnis mitgeteilt. Charakteristischerweise war diese schlechter besucht als die vorherige, weil es ja dort nichts mehr zu beschließen gab. Diese Demobilisierung hat sich ausschließlich die Gewerkschaftsspitze selbst zuzuschreiben. Obwohl sich die meisten Betriebsräte, die der SP angehörten, an die Fraktionsdisziplin hielten und es zu keinen nennenswerten Unmutäußerungen von ihrer Seite kam, so konnte man doch spüren, daß das negative Verhandlungsergebnis auch für sie überraschend kam: 8,5% Lohn erhöhungen (allerdings bei Aufrechterhaltung der Überzahlungen) war bedeutend weniger als ursprünglich gefordert worden war und noch weni-



ger als im Vorjahr (12 - 13%), darüber hinaus war das ganze Sozialpaket "vergessen" worden.

Jeder von ihnen hatte einen Abschluß erwartet, der die Inflationsrate berücksichtigt und damit über 10% liegen mußte.

Es gab eine scharfe Diskussion, die häufig von den Sekretären durch Zwischenrufe gestört wurde. Als ich beispielsweise unmittelbar nach den leitenden Sekretären als Betriebsratsobmann der Fa. Eldorado namens der GE zu Wort kam und sowohl die Art, wie das Ergebnis zustande kam, als auch das Resultat selbst auf das schärfste zurückwies, wurde ich immer wieder unterbrochen, obwohl ich darauf hinwies, daß gerade eine Betriebsrätekonferenz ein Forum der Arbeiterdemokratie zu sein hätte. Wenn dies von den Mehrheitsfraktionen nicht gewünscht würde, sollte sie jedoch nur noch Fraktionsbesprechungen einberufen.

Zwei Fragen, die ich aufwarf, blieben jedenfalls im Raum stehen:

1. Die Handelsangestellten arbeiten unter den schlechtesten arbeitsrechtlichen und lohnmäßigen Bedingungen, verglichen mit anderen Angestellten: Wir haben beispielsweise keine 5-Tage-Woche und liegen sowohl nach Anfangs- als auch nach Durchschnittsgehältern hinter den anderen Angestellten zurück. Die 17-%-Forderung war also voll gerechtfertigt und hätte noch durch ein ordentliches Sozialpaket ergänzt werden müssen, also volle Bezahlung von Überstunden und Erhöhung der Lehrlingsentschädigung. Gerade bei der Überstundenregelung hätte man hart bleiben müssen: Die Unternehmer argumentieren, daß sie im Handel an Samstagen das beste Geschäft machen - dann sollen sie aber auch danach bezahlen.
2. Unter ernstzunehmenden Gewerkschaftern besteht kein Zweifel, daß sich in der Phase der Hochkonjunktur bei den Unternehmern so viel Kapitalfett angehäuft hat, daß in einer Periode des relativen Stillstandes Lohnerhöhungen durchaus zu verkraften wären. Das beweist schon die Tatsache, daß die Unternehmer gerade jetzt in ei-

nem noch nie dagewesenen Ausmaß gerade in unserer Branche expandieren (Verkaufsketten, Supermärkte, usw.). Die Miesmacherstrategie von Seiten der Handelskammer ist nicht weiter ernst zu nehmen und so zu bewerten, wie die ständigen Klagen der Fremdenverkehrswirtschaft, der es nur um Steuererleichterungen und Investitionsbegünstigungen ging: Heute hat sich herausgestellt, daß die Fremdenverkehrswirtschaft 1975 wieder mit Supergewinnen abschließt.

Es bleibt nur die Frage, warum die Gewerkschaft einem so negativen Ergebnis zugestimmt hat. Ein wichtiger Faktor ist zweifellos, daß jetzt nach den Wahlen die SPÖ wieder fest im Sattel sitzt, vor den Wahlen wäre so einem Ergebnis bestimmt nicht zugestimmt worden. Jetzt aber kann sich die Mehrheitsfraktion wieder eine Politik leisten, die vom Standpunkt der Arbeiterbewegung inkonsequent ist, eben der Sozialpartnerschaftspolitik, deren negative Auswirkungen wir einmal mehr spüren: Für die Rezession mögen eine Reihe von Faktoren verantwortlich sein, aber auf keinen Fall die in Österreich Beschäftigten. Und auf die soll jetzt die Hauptlast der Rezession überwältzt werden.

OL: Wie begründete eigentlich die ÖGB-Bürokratie das schlechte Ergebnis? Welche Argumente haben die Vertreter in den Verhandlungskomitees für ihre Verantwortung vorgebracht?

PZ: Die Gewerkschaftsvertreter versuchten auf der Konferenz den Teilnehmern die "leidvollen" Qualen des Verhandlungskomitees vor Augen zu führen. Mitleidheischend erzählten die Kollegen, wie stark die Unvernunft bei der Gegenseite gewesen wäre, wie unerfahren die neue Verhandlungsequipe der Handelskammer gewesen wäre und wie schwer deshalb insgesamt heuer die Verhandlungen gewesen wären. Zieht man aber ein Resumé, so muß klipp und klar gesagt werden, daß sich diesmal deutlicher als je zuvor die Unternehmenseite durchgesetzt hat. Wenn im Verhandlungskomitee statt den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären mehr Kollegen gesessen wären, die zwischen 3.000 und 5.000 ö.S. ver-

dienen, hätte das Ergebnis bestimmt anders ausgesehen.

OL: Hat Deines Erachtens dieses Ergebnis Signalwirkungen für die anderen Kollektivverträge? Der Handelsabschluß ist ja der erste Abschluß seit der Sallinger-Forderung, daß Lohn- und Gehaltsforderungen unter der Inflationsrate liegen müßten. Fällt die Sektion Handel mit ihrem Abschluß nicht den anderen Kollegen, die zur Zeit noch verhandeln, in den Rücken?

PZ: Das ist eine weitere negative Auswirkung des Abschlusses, ohne Zweifel. Mit dem Lohnabschluß von 8,5% unter der Inflationsrate hat die Sektion Handel sicher Signalwirkung für die anderen Gewerkschaften, die in Lohnverhandlungen stehen; es handelt sich um ein Präjudiz, und jene werden sich ins Fäustchen lachen, die von Supergewinnen nicht nur träumen, sondern diese auch sicher nach Hause tragen.

OL: Du hast erwähnt, daß die Gewerkschaftsvertreter den niedrigen Abschluß auch mit der Sorge um die Arbeitsplätze begründet haben. Wie stellst Du Dich zu diesem Argument?

PZ: Es ist durchaus möglich, daß einige Betriebsräte deshalb stillhalten, weil sie um die Arbeitsplätze fürchten. Aber nenne mir einen einzigen Betrieb als Beispiel, wo auf Grund kleinerer Lohnforderungen und Verzicht auf soziale Zugeständnisse die Herren "Sozialpartner" sich als "soziale Unternehmer" erwiesen hätten und Arbeitsplätze, die in Gefahr waren sicherten? Mir fallen nur Gegenbeispiele ein: Das Rax-Werk in Wr. Neustadt, die Lofak, Swarowski, die Puch-Werke, usw. Wenn hier vorher Zurückhaltung geübt worden ist, so hat dies nur zur Einschüchterung der Arbeiter gedient, die jetzt nur noch wehrloser auf der Straße liegen.

OL: Nicht nur Unternehmervertreter, sondern auch die Regierung hat Zurückhaltung bei den Lohnforderungen propagiert. Da die Mehrheitsfraktion im ÖGB auch die Regierung stellt, kann man auf Grund der hohen Fraktionsdisziplin der SPÖ-Kollegen von einer Einschränkung der Tarifautonomie der Gewerkschaft sprechen?

PZ: Ja, bei der gegenwärtigen Art, Kollektivverträge abzuschließen, kann man durchaus davon sprechen.

Der Androsch ist zwar ein fescher Bursch, aber der Sallinger ist ein ganzer Kerl. Der eine setzt sich so über den anderen durch. Wir müssen einen neuen und demokratischen Weg finden, wie Kollektivverträge abgeschlossen werden, sonst wird diese Einschränkung der Tarifautonomie noch spürbarer werden, und zwar genau über diesen Mechanismus.

**OL:** Wie haben die anderen Fraktionen auf den Abschluß reagiert, vor allem der Gewerkschaftliche Linksblock von der KPÖ?

**PZ:** Die sind schon von Anfang an mit unausgewogenen Forderungen hineingegangen. Obwohl auch die GE Sockelbeträge gefordert hat, war die Art, wie der GLB diese gefordert hat, einer Nivellierung eher abträglich: Gefordert wurden 1.000 S für alle gleich + 8% Lohnerhöhungen. Damit wirkt aber das Ganze bestimmt nicht entnivellierend: Wenn etwa ein Kollege 10.000 S verdient, soll er nach der GLB-Forderung jetzt 11.800 S bekommen; wenn ein anderer nur 3.000 S verdient, bekommt er nur 4.300 S, also nur um 1.300 S mehr als vorher. Der Wert solcher Forderungen wird niemandem klar.

**OL:** Die ÖGB-Spitze argumentiert immer, daß ein Teil der Lohnerhöhungen nicht zentral bei den Kollektivvertragsverhandlungen herausgeschlagen werden kann, sondern innerbetrieblich geholt werden soll. Wirkt sich das negative Verhandlungsergebnis nicht eher disziplinierend auf die Betriebsräte aus?

**PZ:** Obwohl es den Betriebsräten nach diesem Abschluß bedeutend erschwert wird, in diesem Zusammenhang bei den Kollegen Verständnis für die Gewerkschaft zu finden, muß doch durch innerbetriebliche Lohn- und Gehaltsforderung die notwendige Realloohnerhöhung erreicht werden. Wenn der ÖGB sich dazu entschließen könnte, durch eine offizielle Äußerung, etwa in der "Solidarität", die Betriebsräte auffordern würde, die fehlenden Prozente innerbetrieblich herauszuholen, wäre das für sie eine wichtige Hilfe. Das bleibt aber abzuwarten. Außerdem müßte die Gewerkschaft jede innerbetriebliche Kampfmaßnahme unterstützen und damit den nötigen Druck für die Forderungen bieten. Auch hier gibt

Daniel Cohn-Bendit

## Der große Basar

Aus Frankreich ausgewiesen, lebt er heute in Frankfurt. Seine Erzählungen und Reflexionen aus dem „Basar“ sind gleichzeitig Bestandsaufnahmen und Schlußfolgerungen aus der Geschichte der letzten 10 Jahre. Mai 68 aus heutiger Sicht eines Beteiligten. Kritik des Kommunismus. Das Identitätsproblem eines linksradikalen Juden. Israel. Starkult. In Deutschland: Betriebsarbeit, Emigranten, Rocker, politischer Terrorismus, Häuserkampf, Wohngemeinschaften, Kinder, Diskussion neuer Agitationsmittel und Organisationsformen. ca. 200 Seiten ca. 10 DM

Etienne Saint-Laurent



## Aufstand der Regionen

In den letzten Jahren revoltieren in zunehmendem Maß ethnische Minderheiten: die Elsässer, Bretonen, die Whyler Weinbauern. In ihrem Widerstand gegen das kapitalistische Zentrum verbinden sich traditionelle Momente mit modernsten Inhalten. Handelt es sich hier um einen überkommenen Nationalismus oder um eine neue Form sozialer Revolution? Saint-Laurent konfrontiert die Zielsetzungen und Inhalte der regionalen Aufstände mit der sozialistischen Theorie. ca. 80 Seiten ca. 8 DM



## TRKONT

8 München 80 Josephsburgstr. 16

## Herbst

'75

Spanisches Zentrum Essen

## „Spanische Woche“

Zunehmend organisieren sich die „Communities“ der Fremdarbeiter in der BRD in „Zentren“ als Organisationsformen ihres Lebens und ihrer politischen Bestrebungen. In der „Spanischen Woche“, die das essener Zentrum veranstaltete, wurde das ganze Spektrum einer Fremdarbeiterexistenz in der BRD exemplarisch thematisiert. ca. 120 Seiten ca. 8 DM

## Die Wunden der Freiheit



Selbstzeugnisse, Kommentare u. Dokumente aus dem Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung und heutige Unterdrückung in den USA. Vom Beginn der Kolonisierung bis Wound de Kneed. ca. 280 Seiten ca. 20 DM

endlich erschienen:

„Bommi“ Baumann

## Wie alles anfang

ca. 120 Seiten ca. 10 DM

Auf Anforderung schicken wir gern unseren ausführlichen Buch- und Schallplattenkatalog zu.

Eckhard Brockhaus

## Kapitalistische Entwicklung und Arbeiterkampf

(Vor dem ersten Weltkrieg) Krise und Funktionswandel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung — Umwälzung der Produktionsstruktur — Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse — Massenkampf, Militanz, direkte Aktion, Arbeitsunlust als Merkmale der entstehenden „anderen“ Arbeiterbewegung. ca. 220 Seiten ca. 14 DM

Toni Negri

## PARTIEI GEGEN DIE ARBEIT

Ausgangspunkt dieses Beitrags zur Theorie der Organisation ist die politische Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Die gesellschaftliche Arbeitskraft als universelle Individualität blockiert objektiv die weitere kapitalistische Entwicklung, bestimmt sich subjektiv durch die Verweigerung der Arbeit und das Verlangen nach Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Die leninistische Partei der Bündnisse, Übergangsprogramme, der Insurrektion ist in der Klasse selbst aufgegangen. ca. 80 Seiten ca. 8 DM

## AUTONOMIE

Zeitschrift zur aktuellen und vergangenen Geschichte des Proletariats und der Jugendbewegung. Die Zeitschrift wird drei Schwerpunkte enthalten: \* Beiträge zur aktuellen Klassensituation in Schilderungen, politischer Analyse und theoretischen Versuchen. \* Geschichtliche Untersuchungen als „Vorgeschichte“ heutiger Zustände und zukünftiger Entwicklungen. Im Mittelpunkt wird die Geschichte der „anderen“ Arbeiterbewegung stehen. \* Selbstreflexionen der linken Bewegung und ihrer sozialen Bezüge. jede Nummer: 80 Seiten 5 DM

es einstweilen noch keine positiven Erfahrungen.

**OL:** Welche Strategie wird die GE bei den nächsten und hängigen Kollektivvertragsverhandlungen einschlagen, um solche Abschlüsse künftiger zu vermeiden?

**PZ:** Es geht in erster Linie darum, einen neuen und demokratischen Weg bei Kollektivvertragsabschlüssen zu finden. So lange die Verhandlungskomitees nach den Fraktionen zusammengesetzt werden und die Basis keine Einflußmöglichkeit hat, sehe ich keine Möglichkeit für uns, die berechtigten Forderungen der Belegschaft in der Gewerkschaft und durch die Gewerkschaft zu vertreten.

Zur Zeit wird jeder berechtigte Protest gegen das undemokratische Vorgehen der ÖGB-Vertreter mit dem Argument zurückgewiesen, wie könnte man noch demokratischere Möglichkeiten finden, wo sogar Vertreter der Minifaktionen (gemeint sind wir) ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleihen könnten. Das erschwert natürlich unsere Arbeit. Um aber tatsächlich Tarifautonomie zurückzugewinnen und die Forderungen der Belegschaften auch wirklich durchsetzen zu können, müssen wir über die Fraktionen hinweg zu neuen Formen der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften selbst kommen.

Mit Peter ZOTTL sprach R. P.

# kommunal- politik

## Auch eine Reform

Einen Monat vor der Wahl versprach Bundeskanzler Kreisky: Nach einem Wahlsieg der Sozialisten soll es sowohl eine große Mietrechtsreform als auch eine Reform des Wohn- und Sozialrechtes geben. Und Justizminister Broda ergänzte in einem Brief an die Mietervereinigung, das Hauptanliegen bleibe der Schutz der Mieter. Nun, wenige Wochen nach dem SP-Wahlsieg, zeichnen sich die Konturen dieser Reformen ab. Ausgerechnet den "Kurier" wählte sich Broda aus, um seine "Reform"vorstellungen zum besten zu geben. Demnach soll im Laufe des Jahres 1976 ein neues Mietgesetz ausgearbeitet und eingebracht werden.

Nach diesem neuen Gesetz ist vorgesehen, nunmehr die Friedenszinsregelung aufzuheben. An die Stelle dieses über Jahrzehnte wichtigsten Instrumentes des Mieterschutzes soll eine Regelung treten, die einen gestaffelten Mietzins nach den Kriterien Größe, Ausstattung, Alter und Lage der Wohnung vorsieht. Das heißt also, daß bisher um einen relativ niedrigen Preis gehaltene Wohnungen auf alle Fälle teurer werden. Das ganze läuft unter dem Motto: Aufhebung der Ungleichheit. Was allerdings nicht gesagt wird, ist, daß diese Ungleichheit (gleiche Wohnungen im selben Haus kosten oft grundverschiedene Preise) vor allem durch das VP-Mietengesetz 1968 begünstigt und durch eine Novelle der SP im Jahre 1974 noch verschärft wurde. Die SP-nahe Mietervereinigung for-

dert seit geraumer Zeit eine Preisregelung für Mietverträge. Der Justizminister nahm diese Forderung zwar auf, ließ sie aber sofort wieder fallen, als Widerspruch laut wurde. Jetzt lehnt er eine solche Begrenzung der Mieten aber ab.

Diese neue Reform, die ja kein Geld kosten darf, ist ein weiterer Schritt zum Abbau der Mieterschutzregelung. Das Argument dafür ist denkbar schwach: Es würde mehr Wohnfläche zur Vermietung bereitstehen. Die

alten Damen mit den Großwohnungen gibt es zwar, doch sind sie keineswegs die Mehrzahl. Zu zahlen haben jene, für die der Friedenszins eine echte Hilfe war. Und wem wird das neue Gesetz wohl zum Vorteil gereichen? Halten wir uns nochmals an den "Kurier": "Die Besitzer von Häusern mit Billigstwohnungen möchten natürlich, daß das Gesetz rückwirkend in Kraft tritt." Wer kas-  
siert, ist damit wohl klar.

A. R. ★

## »Pressefreiheit«

Wie das naturwissenschaftliche Magazin "Nature" vom 16.10.1975 berichtet, brach am 22.3.1975 im Kernkraftwerk Browns Ferry, Alabama, USA, ein Kabelbrand aus, der zur Stilllegung des Reaktors zwang. Trotzdem bestand akute Gefahr, daß der bereits stillgelegte Reaktor durch Überhitzung undicht würde und große Mengen radioaktiven Materials entweichen würden. Mit "unkonventionellen Methoden" (Untersuchung der Nuclear Regulatory Commission) gelang es den Ingenieuren, ein Unglück zu verhindern; den Horror-Trip von überlasteten Pumpen und klemmenden Ventilen, der diesem Erfolg voranging, liest der Interessierte am besten in "Nature" nach.

Es soll hier aber nicht gegen die Nutzung der Kernkraft, so zweifelhaft ihr Nutzen ist, polemisiert werden. Es ist schließlich nur Zufall, daß keiner der deutschen Giftmüllskandale zu einer Katastrophe geführt hat, die sich mit den Folgen eines möglichen Unfalls in Browns Ferry durchaus hätte messen können – und niemand hat gefordert, daß die Techniken, bei denen Cyanide als Abfall entstehen, verboten werden.

Es geht vielmehr um das Schweigen der Presse zu diesem Ereignis. Als einzige Zeitung brachte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 21.4. einen Bericht, in dem die Erklärung der Tennessee Valley Authority, die das Kraftwerk betreibt zitiert wird, und deren Inhalt kurzgefaßt lautet: "Is eh nix passiert". Die FAZ meint zwar, es sei vielleicht doch gefährlich gewesen, hat aber offenbar keine Informationen, um diesen gefühlsmäßigen Verdacht zu erhär-

ten. Nun ist es ja verständlich, daß die TVA und ihre von ihr abhängigen Angestellten die überstandene Gefahr möglichst verheimlichen; aber die Tatsache des Brandes und der Betriebsunterbrechung konnten sie nicht vertuschen. Wie kommt es, daß in der relativ "atomkritischen" bürgerlichen Presse Österreichs (das ist populär, und das österreichische Kapital besteht im wesentlichen aus Bierbrauerei und Textilindustriellen, deren Interessen dadurch nicht berührt werden) kein Wort darüber stand? Wieso haben sich beispielsweise die Vorarlberger Nachrichten diese Möglichkeit entgehen lassen, die Stimmung gegen das geplante Schweizer Kernkraftwerk Rütli weiter anzuheizen – die bloße Tatsache eines Brandes wirkt ja schon erschreckend genug?

Man muß wohl annehmen, daß die Zeitungen selbst nichts erfuhren! Wo die Nachricht, die sicher Millionen Europäer interessiert hätte, zwischen den USA, wo sie zumindestens in der Gegend von Browns Ferry allgemein bekannt sein muß, und Europa versickert ist, weiß man nicht – vielleicht in den Nachrichtenagenturen? Irgendwo muß jedenfalls eine Zensur sitzen, die Informationen, die den Großkonzernen unangenehm sind, unterdrückt.

Wir müssen unsere Vorstellungen von bürgerlicher Pressefreiheit revidieren. Das ist nicht mehr die Freiheit von hundert reichen Leuten, ihre Meinung drucken zu lassen. Es ist heute die Freiheit einiger Konzerne, diesen hundert Reichen diejenigen Informationen zu geben, die nicht geschäftsstörend sind.

P. H. ★

# Wem nützt die Chile-Solidaritätsfront?

Die Leitung der FÖJ-BfS ist anlässlich des zweiten Jahrestages des Militärputsches in Chile sowohl an das Chile-Komitee in Wien als auch die Chile-Solidaritätsfront mit dem Vorschlag herangetreten, alle Solidaritätsak-

CHILE-SOLIDARITÄTSFRONT

Postfach 60  
1205 Wien

An die  
FÖJ  
Belvederegasse 10  
1040 Wien

Wien, 29.10.1975

Liebe Freunde!

Bei der letzten Wiener Plenarsitzung der Chile-Solidaritätsfront am 16.10.75 wurde die Mitarbeit der FÖJ in der CSF diskutiert.

Folgende Fragen waren für einige Organisationen von Bedeutung, konnten aber nicht eindeutig geklärt werden:

1. Warum hat sich die FÖJ nicht von den Ausschreitungen vor der Iberia nach der Spanien-Demonstration distanziert, bzw. welche Stellung hat sie dazu?
2. Es wird behauptet, daß Funktionäre der FÖJ aktiv an diesen Ausschreitungen beteiligt waren, was sagt die FÖJ dazu?

Da wie bereits erwähnt, die Beantwortung dieser Fragen für einige Organisationen für die weitere Diskussion sehr wesentlich ist, ersuchen wir Euch um baldige schriftliche Beantwortung.

Mit besten Grüßen

  
(Herbert Berger-  
Präsident der CSF)

**föj** freie österreichische jugend **bfs**  
bewegung für sozialismus

1040 wien, belvederegasse 10, telefon 651952  
kontonummer: 223 02 976, bankbank wien

Liebe Freunde, Kollegen und Genossen!

Wir haben unsere Mitarbeit angeboten für die Stärkung der Sache des chilenischen Widerstands. Ihr gebt darauf keine Antwort, sondern stellt an uns Fragen, die weder mit Solidarität, noch mit Chile, noch mit irgendeiner Art politischer Gepflogenheit unter Freunden, Kollegen und Genossen etwas zu tun hat. Im Gegenteil! Sie könnten ein Muster für kommende Befragungen in Österreich abgeben gegenüber Bewerbern für den öffentlichen Dienst, sollte es hierzulande wie in der BRD eines Tages zur Praxis der Berufsverbote kommen. Sie erinnern uns an "peinliche" Verhöre seitens der Staatsorgane gegenüber Angehörigen fortschrittlicher politischer Gruppierungen. Sie sind unsolidarisch, inquisitorisch und denunziatorisch.

Zu 1): Die FÖJ-BfS hat in der Nr. 18 ihres politischen Organs "offensiv links" auf Seite 14 zu Jen von Euch urgieren "Ausschreitungen vor der Iberia nach der Spaniendemonstration" Stellung genommen. Sie hatte keine Gelegenheit und wollte auch keine Gelegenheit haben, in den Chor der Distanzierungen mit einzustimmen, der von Kreisky bis Muhri reichte und knapp vor den Wahlen am 5. Oktober Sache jener Parteien zu sein schien, für die politische Opportunität und bürgerliche Wahlen logischerweise im engsten Zusammenhang stehen.

Zu 2): Da genügt wohl die Wendung: "Das ist unwahr. Wahr ist vielmehr, etc."

Aus dem Charakter Eures Briefes und aus den Berichten unserer Freunde aus der Chile-Solidaritätsfront ergibt sich für uns der eindeutige Schluß, daß es einigen Organisationen in der CSF nur um eines geht: unsere Mitarbeit in der Chile-Solidaritätsfront zu torpedieren. Unsere Ausladung hätten diese Organisationen aber billiger haben können, ohne Winkelzügigkeit und Alibidiskussion.

Trotzdem: wir werden auch in Zukunft überall dort, wo die internationale Solidarität notwendig ist, mit dabei sein und nach Kräften für die gerechte Sache streiten. Mit Euch oder ohne Euch. Denn das ist hier wahrlich nicht die Frage.

Venceremos.

tionen gegen die Pinochet-Clique und für den chilenischen Widerstand möglichst einheitlich und geschlossen zu gestalten. An den Präsidenten und Vizepräsidenten der Chile-Solidaritätsfront wurde bei dieser Gelegenheit auch schriftlich der Vorschlag gerichtet, durch Mitarbeit der FÖJ-BfS die Basis der Chile-Solidaritätsfront zu erweitern.

Erst Ende Oktober erreichte die FÖJ-BfS ein vom Präsidenten der Chile-Solidaritätsfront gezeichneter Brief, der sowohl seiner Form als auch seinem Inhalt nach derart "ungewöhnlich" ist, daß sich die Leitung der FÖJ-BfS entschlossen hat, ihn in Form eines offenen Briefes bei gleichzeitiger Veröffentlichung beider Briefe zu beantworten. Wir wollen damit allen demokratischen, fortschrittlichen und an Solidaritätsarbeit interessierten Personen die Möglichkeit bieten, ihr eigenes Urteil über diese Sache zu bilden.



# Schwerer Rückschlag für die Linkskräfte

Als in den letzten Wochen der 6. Regierung in verstärktem Ausmaß Zugeständnisse abgerungen wurden, als Bauarbeiter, Soldaten und die gesamte Basisbewegung eindrucksvoll demonstrierten, daß jede Maßnahme zur Unterdrückung der Rätestrukturen ein verstärktes Zusammenrücken der revolutionären Kräfte zur Folge hat, wurde immer deutlicher, daß Regierung und Revolutionsrat unter den gegebenen Kräfteverhältnissen ihre Politik nicht durchsetzen konnten. Zu stark waren die Positionen der Arbeiter, Bauern und Soldaten in den Medien, zu stark ihr Einfluß im Heer.

Was sich schon durch die Sprengung von Radio Renascenca und dem 'Streik' der Regierung ankündigte, nämlich eine offene Konfliktsituation, wurde von Seiten der Rechten Schritt auf Schritt vorbereitet. Die Absetzung von General Carvalho als Kommandant der Region Lissabon, der er übrigens anfangs zustimmte – erst auf Druck der Regimenter der Region Lissabon diese Zustimmung zurückzog – war der Anfang der Kraftprobe. Als die Fallschirmjäger von Tancos aus Protest gegen die Auflösung ihrer Einheit ihre und zwei andere Kasernen besetzten, dieselben Fallschirmjäger, die am 11. März 1975 den Rechtsputsch durchführten, die Radio Renascenca sprengten und im Gefolge dieser Aktionen einen rapiden Politisierungsprozeß durchmachten, war der Moment für den Gegenschlag gekommen. Diese Aktion, die am ehesten mit der spontanen Rebellion der Soldaten der Kasernen RASP und CICAP vor ca. zwei Monaten im Norden vergleichbar ist, wurde zum Putschversuch hochstilisiert. Noch sind viele Hintergründe ungeklärt, das Ergebnis ist jedoch klar:

- o Sämtliche der linken Bewegung in irgendeiner Form nahestehenden Offiziere wurden verhaftet oder "gesäubert". Zu ihnen gehören neben Carvalho und Coutinho sogar Fabiao und Soares, und man spricht von 200 bis 300 Verhaftungen.

- o Die Redaktionen und Direktionen von acht Zeitungen, die die "Disziplinlosigkeit und Anarchie gefördert" hätten, wurden suspendiert, das Erscheinen der Zeitungen bis zur Einsetzung neuer Verwaltungen durch den Revolutionsrat verboten, aus dem "gewisse Figuren ausgeschieden sind, deren revolutionärer Idealismus nicht den Gegebenheiten der Geographie, der Geschichte und des Volkes entsprach" (C. Gomes)

- o Sämtliche Tarifverhandlungen wurden bis Jahreswechsel ausgesetzt. Das bedeutet, daß weite Teile der Bevölkerung bei einer Inflationsrate von 35% eine erhebliche Bedrohung ihrer Existenzbedingungen zu erwarten haben.

Die Regierung Azevedo, deren politische Ausrichtung mit der PS von Soares fast identisch ist, hat damit einen bisherigen Höhepunkt des "Sozialismus in Freiheit" erreicht. Schon seit ihrem Regierungsantritt war deutlich die Demagogie ihres auf Sozialismus ausgerichteten Vokabulars hervorgetreten. Sämtliche Maßnahmen richteten sich frontal gegen die einzigen Garanten einer revolutionären Entwicklung, die Basisorgane in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ökonomisch erfolgte eine an erhebliche Bedingungen geknüpfte Annäherung an die EG, was einerseits eine gewisse Weichenstellung für die Zukunft Portugals bedeutet, andererseits durch das äußerst geringe Ausmaß der Kredite (USA und EG gemeinsam 4,5 Milliarden Schilling!) nicht einmal eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme im kapitalistischen Sinn ermöglichte.

Gerade diese Politik, die bei Vorgaukelung eines sozialdemokratischen Weges ständig dessen Unmöglichkeit in Portugal bewies, stärkte durch die Hauptangriffsrichtung nach links die Reaktion, die heute sowohl in ihrer offen faschistischen, bewaffneten Variante (ELP, Spinolisten) als auch in ihrer "gemäßigten" Spielart (CDS, PPD) ihre Positionen wie nie seit dem Sturz Caetanos festigen konnte.

## DIE URSACHEN DES REAKTIONÄREN VORSTOSSES

Es wäre völlig ungenügend, den Grund für diese Entwicklung nur im persönlichen Verrat irgendwelcher Parteiführer zu suchen. Es gibt handfeste ökonomische und soziale Ursachen dafür, deren Analyse für den Erfolg einer revolutionären Strategie in Portugal unerlässlich ist.

Die bisherige Entwicklung seit dem 25. April 1974 ermöglichte es sogar nur Teilen der Arbeiterklasse, ihre materielle Lage real zu verbessern. Auch die 1. bis 5. Regierung gaben kaum eine Antwort auf die Probleme der Bauern im Norden und des Klein-gewerbes und -handels. Die Landreform richtete sich nur auf die Probleme des Großgrundbesitzes aus, während die Kleinbauern wegen des Preisstopps bei Grundnahrungsmitteln sogar ihre Existenzbedingungen real verschlechtert sahen. Auch die Dynamisierungskampagne der MFA erstreckte sich nur auf ideologische Bereiche, während die konkreten Probleme der Bauern unberücksichtigt blieben. Auch das Kleinbürgertum, das immerhin 20% der aktiven Bevölkerung darstellt, fühlte sich durch den Prozeß in Portugal zunehmend in Frage gestellt. Auf beide Probleme wurde von Seiten der Linken keine Antwort gegeben, was es der PS und in ihrem Rücken auch der PPD und CDS ermöglichte, ihre soziale Basis in diesen Klassen zu finden.

Neben diesen Versäumnissen einer klassenmäßigen Bündnispolitik, wurde von Seiten der Linken eine zentrale Frage, die Koordinierung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte auf eine Art beantwortet, die kaum geeignet war, die autonome Organisation der Arbeiterklasse und die Entwicklung der Rätestrukturen zu echten Gegenmachtpositionen zu fördern. Sowohl von Seiten der KP als auch in der FUR zusammengeschlossenen Organisationen wurden eigene, parteipolitisch orientierte Koordinationsorgane geschaffen, die jeweils einen Alleinvertretungsanspruch ha-



ben. Dies ermöglichte es der SP, gemeinsam mit Maoisten (MRPP) ihrerseits solche Organe aufzubauen, die in übelster Demagogie gegen "Faschismus und Sozialfaschismus" kämpften. Diese Spaltung der Arbeiterklasse äußerte sich manchmal in so drastischer Weise, daß es z. B. in einem Betrieb, in einem Stadtteil mehrere Basiskomitees jeweils der verschiedenen Parteien gab.

Die Schwäche der Linken bei der notwendigen Zentralisation der Basisstrukturen äußert sich auch darin, daß es zwar nach dem 11. März äußerst umfangreiche Verstaatlichungen gab, diese jedoch kaum Auswirkungen auf die Art der Produktion hatten. Weder bei den Banken, wo 26 verstaatlichte Kreditinstitute weder vereinheitlicht wurden noch neue Kriterien der Kreditvergabe etwa an die Kleinbauern geschaffen wurden, noch bei den verstaatlichten Betrieben, wo es kaum Ansätze zentraler Planung gab und die Anarchie der kapitalistischen Produktion fortbestand, gelang es, Maßnahmen gegen die Sabotage des Imperialismus durchzusetzen, die die entscheidende Schwächung des portugiesischen Kapitals in eine eigene Stärke hätte umwandeln können. Die hier offenkundig zutage tretende Unfähigkeit einer KP-Strategie konnte

nur teilweise zu massenhaften Lernprozessen führen.

#### ROLLE DES MFA

Eine entscheidende Rolle in dieser Entwicklung spielte auch der Wandel im MFA, der über ein Jahr lang sicher eine wichtige Rolle im revolutionären Prozeß gespielt hat. Ein Teil der Offiziersbewegung folgte fast spiegelbildlich der Veränderung des Kräfteverhältnisses im Sommer und damit der Politik der SP, was im Antunes-Papier seinen Ausdruck fand. Der Kompromiß der Linken im MFA mit diesen Positionen war sicher auch entscheidend für die Absetzung Goncalves' und die Installierung der 6. Regierung. Er erfolgte einerseits aus einer Anti-KP-Haltung, andererseits aus der Überlegung, daß ein Bündnis mit den Bauern und der Kleinbourgeoisie für den revolutionären Prozeß notwendig ist, und die PS eben ein parteipolitischer Vertreter dieser Klassen sei, sowie aus wirtschaftspolitischen Erwägungen. Erst relativ spät erkannten die Vertreter dieser Politik, die vor allem im Copcon und der Marine verankert waren, daß die Richtung dieses Bündnisses keine antikapitalistische war, sondern von Seiten der

SP auf eine Restaurierung des Kapitalismus abzielte.

Als die MFA wieder zur reinen Offiziersbewegung wurde und verstärkt Disziplinierungsmaßnahmen ergriff, als gegen die Maßnahmen der Regierung eine immer stärkere Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Soldaten erfolgte, stellten die linken Teile des MFA keine organisatorische Einheit mehr dar und waren nicht mehr in der Lage, diese revolutionären Reaktionen effektiv zu unterstützen.

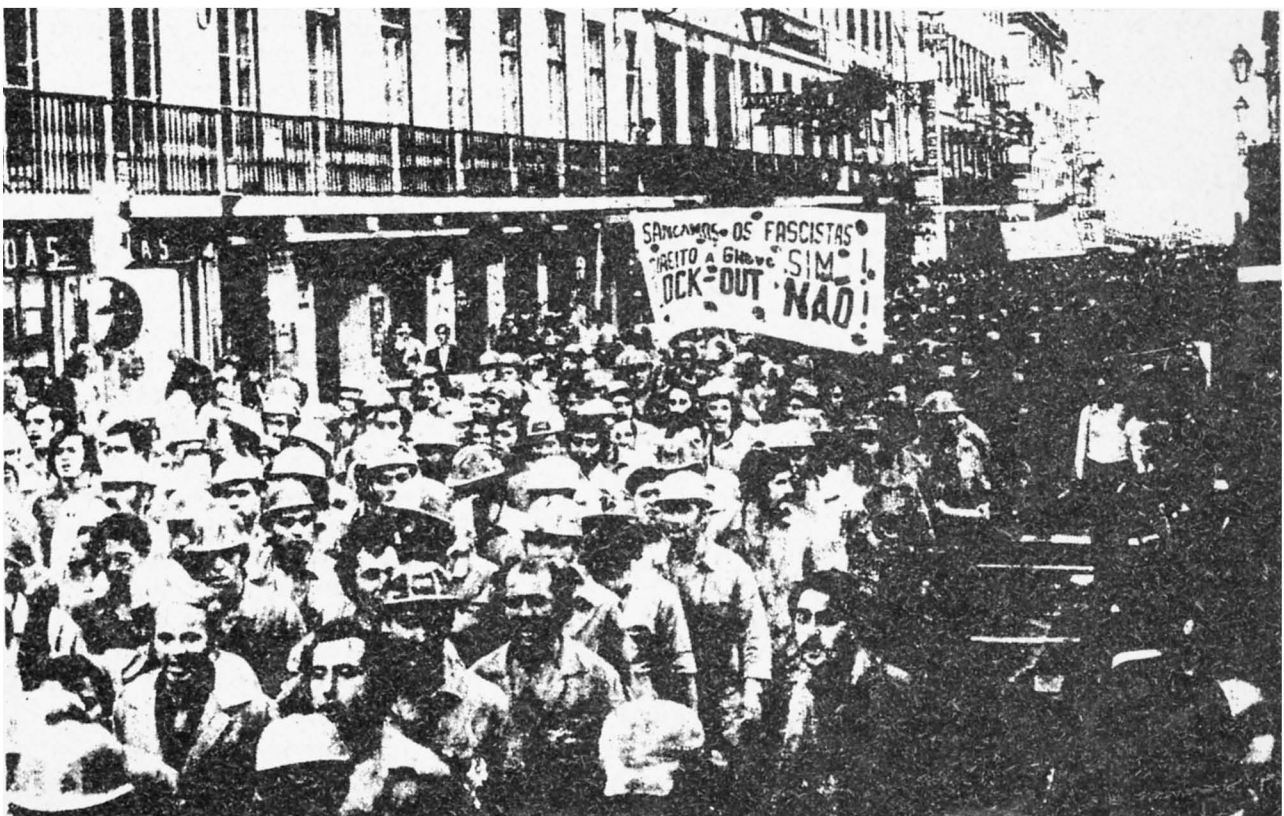
#### NOCH IST NICHT ALLES VERLOREN

Die Linke in Portugal ist zwar geschwächt, sie steht vor neuen Voraussetzungen. Jedoch wurden die entscheidenden Positionen, die Basisorgane, in keiner Weise angetastet. Hier werden die revolutionären Kräfte, durch Lernprozesse gestärkt, ansetzen.

Womit wir in Österreich einen winzigen Beitrag leisten können, ist eine verstärkte Solidaritätsarbeit, der Versuch, auch finanziell die Basisbewegungen Portugals zu unterstützen sowie Lehren für das Verhältnis linker Gruppen zueinander zu ziehen.

3.12.1975

K. L.



# Chronik der Ereignisse

14.11.

Da sich Copcon-Kommandant Carvalho weigert, Truppen gegen Zehntausende von Bauarbeitern einzusetzen, die den Regierungspalast seit Mittwoch Nachmittag belagern, wo sie Azevedo und die Delegierten der Verfassungsgebenden Versammlung festhalten, gibt Azevedo ihren Forderungen im wesentlichen nach.

16.11.

Das provisorische Sekretariat der Arbeiterkommissionen im Raum Lissabon organisiert eine Demonstration, die noch ganz unter dem Eindruck des erfolgreichen Bauarbeiterstreiks steht.

Die kilometerlange Schlange der gegen die 6. Regierung und für eine Regierung der Linken demonstrierenden Bauarbeiter, Metallarbeiter, Landarbeiter und Mitglieder verschiedener Bewohner- und Arbeiterkommissionen zählt nach "Le Monde" zwischen 150.000 und 200.000 Personen und stellt somit die größte Demonstration dar, die seit dem 1. Mai 1974 in Portugal stattgefunden hat.

Die PS sagt ihre Teilnahme an einer gemeinsam mit der PPD in Viseu geplanten Demonstration ab, der darauf auch Azevedo aus "gesundheitlichen Gründen" fernbleibt. Es nehmen 10.000 Anhänger der PPD teil.

18.11.

Im Regierungspalast Belem findet eine Unterredung zwischen den Stabschefs der drei Waffengattungen sowie Azevedo, Antunes, Lourenco und Carvalho statt.

Unter anderem wird die mögliche Ablösung Carvalhos vom Posten des Oberbefehlhabers der Militärregion Lissabon und seine Ersetzung durch Lourenco erörtert.

Carvalho stellt einige Bedingungen, unter denen er bereit wäre, seiner Ablösung zuzustimmen (v. a. Restrukturierung und Stärkung des Copcon, das in erster Linie alle Initiativen der "poder popular" unterstützen sollte).

20.11.

Die Regierung stellt ihre Tätigkeit vorübergehend ein. Sie fordert von C. Gomes als Bedingung für ihre Tätigkeitswiederaufnahme, Garantien für die Durchsetzung ihrer Autorität.

Noch am selben Tag kommt es in Lissabon zu einer Massendemonstration, an der sich wieder über 100.000 beteiligen. Sie wendet sich gegen die Regierung Azevedo sowie gegen die geplante Ablösung Carvalhos durch Lourenco.

Im Lauf der Demonstration veröffentlichen 18 progressive Offiziere ein "Manifest an die Soldaten und Matrosen, an die Arbeiterklasse und das arbeitende Volk". Darin treten sie für die Bildung einer "Regierung der revolutionären Einheit" ein, die allmählich die Macht an die in einer nationalen Volksversammlung zusammenzufassenden Strukturen der "poder popular" abtreten sollte. Entscheidende Bedeutung messen sie der "Verbindung von bewaffneten Arbeitern und Soldaten" bei.

21.11.

Nach der Sitzung des Revolutionsrates wird ein Kommuniqué verlautbart, das folgende Maßnahmen ankündigt:

1. Auflösung der AMI
2. Ernennung von V. Lourenco zum Kommandanten der Militärregion Lissabon (mit Zustimmung Carvalhos).
3. Carvalho bleibt Kommandant des Copcon, dessen Bedeutung merklich erhöht werden soll. Bildung einer Kommission die die Wiederaufnahme des Projekts Allianz MFA-Volk studieren soll.
4. Neubildung der Regierung.

Im Laufe des Tages erklären die Kommandanten zahlreicher Einheiten des Copcon sich nicht einverstanden mit der Abberufung Carvalhos vom Kommando über die Lissaboner Militärregion, in der 80% der Interventionskraft der portugiesischen Armee konzentriert sind.

Carvalho nimmt daraufhin gegen Abend seine Zustimmung zum im Revolutionsrat ausgehandelten Kompromiß zurück.

22.11.

Lourenco verzichtet auf seine Ernennung. C. Gomes beruft für Montag eine Sondersitzung des Revolutionsrates ein.

23.11.

Die PS führt im ganzen Land Demonstrationen zur Unterstützung der 6. Regierung durch. Soares attackiert lebhaft die PC und die revolutionäre Linke. Auch C. Gomes kritisiert er, da er die Regierung Azevedo nicht genügend unterstütze.

24.11.

11 Einheiten der Militärregion Lissabon versetzen sich in "revolutionäre Alarmbereitschaft", um Konzessionen an die 6. Regierung zu verhindern.

Das provisorische Sekretariat der Arbeiterkommissionen des Lissaboner Industriegürtels ruft zu einem zweistündigen Streik am Nachmittag auf. Ziele: Linke Regierung, keine weiteren Säuberungen von Linken, Entlassung von J. Neves (Kommandos v. Amadora), Pires Veloso (Militärregion Nord), Morais e Silva (Chef der Luftwaffe), materielle Solidarität mit den Fallschirmjägern von Tancos.

Letztere haben als Reaktion auf den Versuch Morais e Silvas, die Protestbewegung der Fallschirmjäger gegen ihren Einsatz zur Sprengung von Radio Renascenca am 7.11. durch Auflösung des Stützpunktes zu unterdrücken, Tancos in Selbstverwaltung übernommen (21.11.). Sie bekommen seither weder Nahrung und Waffen noch Sold.

Gegen die Agrarreform revoltierende Bauern errichten im Norden Lissabons (Rio Maior) Barrikaden, die nach wenigen Stunden wieder beseitigt werden.

25.11.

2 Uhr nachts: Der Revolutionsrat bestätigt die Ablösung Carvalhos durch Lourenco als Kommandant der Militärregion Lissabon.

Im Lauf des Vormittags werden Monsanto und Montijo, zwei Luftwaffenstützpunkte in der Umgebung Lissabons, von rebellierenden Fallschirmjägern der Basis Tancos besetzt. Sie beschließen die Absetzung von Morais e Silva und Pinto Freire (Kommandant der ersten Luftwaffenregion).

12.15 Uhr: Soldaten des Ralis gehen vor ihrer Kaserne in Verteidigungsstellung, während sich auch die Militärpolizei in Lissabon mobilisiert.

Ca. 15.00 Uhr: Panzerfahrzeuge der Kommandos von Amadora umstellen die Einheit GDACI in Monsanto und die Kaserne der Militärpolizei. Von verschiedenen Punkten (Militärpolizei, Belem-Palast, Ralis) strömen bis zu einigen 1000 Zivilisten (meist Mitglieder von Volksversammlungen und Mieterkommissionen) zusammen.

Die Metall- und Bauarbeitergewerkschaft rufen zur Wachsamkeit auf, während PS und PC stumm bleiben.

17.00 Uhr: C. Gomes erklärt den Ausnahmezustand für die Region Lissabon.

18.30 Uhr: Revolutionäre Militärs der praktischen Schule für Militärverwaltung von Lissabon besetzen die in der Nähe ihrer Kaserne liegende Fernsehstation.

19.50 Uhr: Kommandos von Amadora kreisen die besetzte Luftwaffenbasis von Monsanto ein.

20.00 Uhr: Alle Fernsehstationen werden auf Porto umgeschaltet, von wo aus Kommuniqués der Militärregion Nord verbreitet werden.

21.00 Uhr: Regierungstreue Kommandos gewinnen die Kontrolle über das Luftwaffenkommando in Lissabon zurück.

21.30 Uhr: C. Gomes erklärt den Belagerungszustand für die Militärregion Lissabon. Die damit verbundene Ausgangssperre wird in dieser Nacht nicht beachtet.

22.00 Uhr: Verhaftung der Rebellen, die den Stützpunkt Monsanto besetzt hielten.

22.30 Uhr: Mehrere Panzer des Regiments Amadora nehmen rund um den Präsidentenpalast in Belem Stellung und vertreiben durch Warnschüsse eine demonstrierende Menge.

Radio Clube stellt auf Befehl des Revolutionsrates seine Sendungen ein.

#### 26.11.

2.00 Uhr: Die PC gibt eine Erklärung heraus, in der sie auffordert, Ruhe zu bewahren, da die Kräfteverhältnisse keineswegs günstig seien.

5.22 Uhr: Ein Kommuniqué des Generalstabes teilt mit, daß die "konterrevolutionären Aktivitäten von Gruppen revoltierender Fallschirmjäger des Stützpunktes Tancos weiterhin schrittweise beseitigt werden". In einem weiteren Kommuniqué wird 20 Minuten später der Aufstand als eine "von konterrevolutionären Kräften inspirierte Manipulation" bezeichnet.

8.00 Uhr: Aus der Umgebung der Kaserne der Militärpolizei in Lissabon werden Kämpfe gemeldet.

9.30 Uhr: Die Kaserne der Militärpolizei ist eingenommen. Die linken Kommandanten werden in der Folge verhaftet, die Militärpolizei wird aufgelöst.

12.00 Uhr: 20 schwere Panzer aus Santarem, die zum Ralis unterwegs sind, nehmen das bisher von linken Soldaten kontrollierte Waffenlager in Beirolas kampflos ein.

17.00 Uhr: Zahlreiche verhaftete linke Offiziere werden per Flugzeug nach Porto gebracht und dort inhaftiert.

18.00 Uhr: Einige 1000 Zivilisten fordern von den Soldaten der Ralis-Kaserne Waffen.

In dieser Nacht wird von Truppen der GNR (Polizei, Relikt aus der Zeit des Faschismus) die Einhaltung der Ausgangssperre 24.00 bis 6.00 Uhr, durch rigorose Kontrollen erzwungen.

#### 27.11.

Ein Kommuniqué des Generalstabes der Streitkräfte gibt bekannt, daß Fabiao und Carvalho ihre Funktionen niedergelegt haben. Nachfolger Fabiaos als Stabschef der Landstreitkräfte wird Oberst Ramalho Eanes, das Copcon wird direkt dem Generalstab der Armee unterstellt.

Die Verhaftungen unter linken Soldaten und Offizieren nehmen inzwischen immer größere Ausmaße an.

Im Kasernenbereich der Kommandos von Amadora werden Offiziere gesehen, die seit dem Spinola-Putsch vom 11. März die Öffentlichkeit gemieden hatten.

#### 28.11.

Die Regierung beschließt die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit, da die Bedingungen dafür jetzt hergestellt seien.

Antunes schlägt in einer Fernsehrede zur Lösung der Krise ein Bündnis PS-PC sowie einen neuen Pakt MFA-Parteien vor. Damit setzt er sich in Gegensatz zu PPD und CDS, die seine Erklärung als "über-raschend" und "unverständlich" bezeichnen. Sie treten für den Ausschluß der PC aus der Regierung, für die "Auflösung aller am Coup beteiligten Organisationen" und für einen Rückzug der Militärs aus dem politischen Leben ein.

Die PC beschuldigt den "linken Radikalismus", eine Spaltung innerhalb der Linken verursacht zu haben. Mit Bezug auf die Antunes-Gruppe warnt sie: "Die Bündnisse mit der reaktionären Rechten können zu ihrer eigenen Niederlage und zur Niederlage der Revolution führen." Sie verlangt darüberhinaus die Beendigung der Verhaftung, Verfolgung und Säuberung von Linken, scharfe Maßnahmen gegen Konterrevolutionäre und die Wiederherstellung der Freiheiten.

Die Fallschirmjäger von Tancos beenden ihren Widerstand. Einige beschließen in den Untergrund zu gehen.

Der Revolutionsrat verfügt einen Lohnstopp und die Suspendierung aller bereits ausgehandelten Tarifverträge (Metallarbeiter, Bauarbeiter) bis zum Jahresende.

Alle Fernseh- und Rundfunkanstalten werden verstaatlicht. Die Redaktionen und Verwaltungen von sechs kommunistisch orientierten Tageszeitungen werden abgelöst.

#### 29.11.

Jaime Neves erklärt: "Das Regiment der Kommandos ist noch nicht zufriedengestellt. Es meint, daß es noch viele Dinge zu tun gibt und ist festentschlossen, bis zum Ende zu gehen."

Vom Revolutionsrat ermächtigt durchsucht Militär die Sitze der Parteien und Gewerkschaften nach Waffen.

Der Ausnahmezustand wird gelockert, so daß ein Teil der Zeitungen Lissabons wieder erscheinen kann.

Die "Republica" darf vorerst unter der bisherigen Redaktion erscheinen.

#### 2.12.

Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

Nach einem Gespräch mit Vertretern aller Parteien erklärt Costa Gomes: "Ich rufe alle Parteien auf zu... Brüderlichkeit, Frieden und demokratischer Toleranz, die uns zu einer möglichst gerechten Gesellschaft, wie wir sie uns wünschen, führen können." Gomes fordert die Parteienvertreter auf, Demonstrationen zu verhindern, die Arbeiter zur Einschränkung ihrer Lohnforderungen zu bewegen und zur Entwaffnung von Zivilisten beizutragen.

#### 3.12.

Aus dem Revolutionsrat werden bis auf eine Ausnahme alle Vertreter der Linken hinausgesäubert. Eines der prominentesten Opfer ist Admiral Rosa Coutinho.

Von der Säuberungswelle werden immer mehr linke Offiziere (nun auch in der Marine) und Soldaten erfaßt. Sie droht, auf Organisationen der revolutionären Linken überzugreifen.

Soares fordert von der PC als Bedingung für ihren Weiterverbleib in der Regierung eine klare Distanzierung vom "Putschversuch" des 25.11.

#### 4.12.

Angola: Die MLPA (marxistisch) erobert die Stadt Caxito zurück.



## Angola:

# Solidarität mit der MPLA!

In Guinea-Bissau spielte sich die Entkolonialisierung noch relativ reibungslos ab, in Mozambique war es schon schwieriger, dort spekulierte der Imperialismus mit einer Teilung des Landes, um den rohstoffreichen und strategisch wichtigen Süden des Landes weiter unter Kontrolle halten zu können.

Die ökonomisch und politisch bedeutsamste ehemalige portugiesische Kolonie ist aber Angola. Dieser Staat zählt nach Südafrika zum rohstoffreichsten Gebiet des afrikanischen Kontinents. Amerikanische, europäische und südafrikanische Interessen sind mit dem Erdöl, den Diamanten, Erzen und anderen Rohstoffen Angolas verfilzt. Sollte sich die nun bloß formell bestehende Unabhängigkeit Angolas zu einer tatsächlichen Autonomie von ausländischen Kapitalinteressen ausweiten, so würden die Befreiungsbewegungen in Rhodesien, Südwestafrika und Südafrika enormen Auftrieb erhalten.

### FNLA und UNITA

Im Gegensatz zu Guinea-Bissau und Mozambique ist die Unabhängigkeitsbewegung in Angola gespalten. Den portugiesischen, amerikanischen und anderen Herrschaftsträgern gelang es, Stammesdifferenzen aufzuschaukeln und antikolonialistische Bestrebungen in konservatives Fahrwasser umzuleiten. Angola ist, so wie die meisten anderen jetzt bestehenden afrikanischen Staaten, ein künstliches Gebilde, ein Produkt des Kolonialismus. Voneinander unabhängige und sich selbst versorgende Stämme wurden von außen gegenseitig ausgespielt und in ein imperial-zentrales Verwaltungsschema hineingepreßt.

Diese Sozialstruktur birgt in sich die Wurzel für die sonderbare Ideologie der Unita und FNLA, militanten Antikolonialismus mit reaktionären Stammesideen und neoimperialistischen Vorstellungen zu verbinden. Die Unita und FNLA rekrutieren ihre Anhänger im wesentlichen aus bestimmten Stämmen. Sie stützen sich auf die inneren hierarchischen Ordnungen dieser Stämme.

Die FNLA und UNITA wurden bekannt durch spektakuläre Terrorkommandos, denen hunderte weiße Siedler zum Opfer fielen. Sie kämpften primär gegen die Weißen und nicht so sehr gegen die von Weißen errichtete imperialistische Ausbeuterordnung, sie waren nicht imstande, den Befreiungskrieg mit einer zukunftsweisenden sozialen Basis abzusichern. So konnten sie in der Mitte der sechziger Jahre von den portugiesischen

Truppen in die Defensive oder in die Flucht geschlagen werden. Die größten Truppenteile der FNLA zogen sich nach Zaire zurück und warteten dort passiv das Ende von Portugiesisch-Angola ab.

Das stammeszentrierte Denken der UNITA-Kader lenkte die Politik der UNITA in verhängnisvolle Bahnen. Die UNITA unternahm sogar mit den portugiesischen Truppen gemeinsame Aktionen gegen die MPLA. Der UNITA ebenso wie der FNLA, fehlte eine konkrete soziale Zielsetzung ihres Befreiungskampfes. So konnten sie einmal durch wilde Rache- und Plünderungszüge gegen die Weißen auf sich aufmerksam machen, um kurz darauf mit ebendenselben Weißen die MPLA anzugreifen.

Ausländische Regierungen und Kapitalgruppen nützten die ideologischen Verworrenheiten der UNITA und FNLA zu ihrem Vorteil aus. Die Form der portugiesischen Herrschaft in Afrika war für sie ein Anachronismus. Sie wußten aus Erfahrung, daß eine gewisse formelle Autonomie der ehemaligen Kolonien unter Umständen günstigere Ausbeutungsbedingungen für die Metropolen schaffen würden. Die UNITA und die FNLA wurden früher (und werden jetzt im verstärktem Ausmaß) massiv mit westlicher Hilfe bedacht.

### MPLA

Die einzige nicht stammesbezogene Befreiungsbewegung Angolas ist die

MPLA. Sie verbindet den nationalen Unabhängigkeitskampf mit einem fortschrittlichen sozialen Programm. Die MPLA war nicht nur die aktivste und erfolgreichste Truppe gegen die portugiesische Armee, sie versuchte auch in den befreiten Gebieten das Leben nach fortschrittlichen Kriterien neu zu gestalten; sie unterstützte Initiativen des "Poder Popular" (vor allem in Luanda) und es gelang ihr, sich selbst von einem Berufsheer in eine Volksarmee, bestehend aus bewaffneten Zivilen und militärischen Milizen, auszuweiten.

### ANGOLA und CHINA

Bis vor einiger Zeit unterstützten geschlossen alle linken Gruppierungen die MPLA als die am meisten verankerte und berufene Befreiungsbewegung in Angola. Die chinesisch-sowjetischen Rivalitäten werfen ihre Schatten nun leider auch auf Angola.

Den hegemonialen Bestrebungen der SU stellt sich China, wenn notwendig auch mit konterrevolutionären Bündnissen entgegen. Sie ordnet die Solidarität mit unterdrückten Volksmassen der Konfrontation mit der SU unter. Genau dieses machtpolitische Prinzip, das China richtigerweise der SU vorwarf, wendet sie nun selbst in ihrer Globalpolitik an. Die MPLA erhält die meisten Waffen und Gelder vom Ostblock, so stellt sich China konsequenterweise auf die Seite der reaktionären FNLA und UNITA. Neben Zaire und der USA fließen die meisten Mittel für die FNLA von China zu. Zur Untermauerung einer solchen Politik greift China auf Geschichtslegenden zurück. Sie reduziert die Auseinandersetzungen zwischen MPLA und FNLA/UNITA auf reine Stammesfehden, China gibt vor, daß der Beitrag der FNLA und UNITA beim Befreiungskampf ebenso groß gewesen wäre, wie der der MPLA und schließlich stellt sie die MPLA als reine Marionette der SU dar. Ein Gegenindiz für die letzte Behauptung ist z. B. die Einladung

J. P. Sartres als Ehrengast der MPLA bei der Veranstaltung des 11.11.1975 (Tag der formellen Unabhängigkeit Angolas). Die Haltung Chinas zu Angola ist ebenso skandalös wie die Stellung der SU zu Kambodscha vor Erlangung dessen Freiheit.

Die meisten linken Regierungen der 3. Welt stehen auf Seiten der MPLA, angefangen von Vietnam, Nordkorea, Mozambique, Guinea-Bissau, Kambodscha, Kuba, usw. Angola ist in Gefahr, das Vietnam Afrikas zu werden. Die MPLA verdiente sich eine ebensolche Solidarität aller Linken, wie es bei den Vietcong der Fall war.

#### DIE ENTWICKLUNG IN ANGOLA SEIT DEM 25. APRIL 1974

Während die Portugiesen am 25.4.1974 in Mozambique und Guinea-Bissau kurz vor einer totalen militärischen Niederlage standen, war die Ausgangssituation für sie in Angola wesentlich günstiger: ein starker europäischer Bevölkerungsanteil (10%), massive ausländische Interessen (Öl, Diamanten, Eisenerz, Kaffee), eine zersplitterte Befreiungsbewegung (MPLA, FNLA und UNITA) und eine dort stationierte portugiesische Armee, in der die MFA kaum Einfluß besaß. Solange Spinoła in Portugal den Ton angab, arrangierte er es sich mit der UNITA und FNLA, schloß mit ihnen separate Friedensabkommen ab und versorgte sie mit Waffen und militärischen Stützpunkten.

Die MPLA wurde in einen Zweifrontenkampf getrieben: gegen FNLA/UNITA und gegen die portugiesische Armee. Die vor dem April 1974 nur sehr sporadisch auftretende FNLA und UNITA konnte so dank der Protegierung Spinolas, Zaires, Südafrikas und der USA wieder Boden gut machen. Die vorher dominierende MPLA wurde wegen der Aufpöppelung der 2 anderen Bewegungen zu einem Kompromiß gezwungen. Sie sollte mit der FNLA und der UNITA die Regierungsgeschäfte tri-paritätisch führen und die zukünftige Zentralarmee sollte aus je 8.000 Mann der MPLA, FNLA und UNITA bestehen.

In den nächsten Monaten änderte sich wieder das Geschehen zugunsten

der MPLA. Die städtische Bevölkerung begann sich selbständig in Organen der "Poder Popular" zu organisieren. Es häuften sich Streiks, daraus entstand eine Einheitsgewerkschaft und autonome Selbstverteidigungskomitees wurden gebildet. Die MPLA gewann nicht deshalb wieder Oberhand, weil sie angeblich von der SU im Schnellzugsverfahren bis ans Messer bewaffnet wurde, sondern weil ihre sozialen Ziele mit denen der nun selbständig auftretenden Massen am meisten übereinstimmen.

Die Unita und FNLA verloren in den Städten schnell an Einfluß. Das für die FNLA demütigende Abkommen von Anfang 1975 entsprach somit immer weniger den Realitäten. Die tri-paritätisch besetzte Übergangsregierung erließ wegen der UNITA/FNLA-Mehrheit repressive Gesetze gegen die Bevölkerung. Die MPLA konnte immer weniger bereit sein, einer solchen Politik durch ihre Teilnahme an der Regierung ihre Zustimmung zu geben. Seit Juni 1975 ist der Bürgerkrieg in ein offenes Stadium getreten. Den letzten Meldungen ist zu entnehmen, daß die MPLA in der Offensive ist. Die MPLA und die FNLA/UNITA riefen nach dem 11.11.1975 jeweils eigene Regierungen aus. Es scheint sich ein langer Kampf anzubahnen.

#### WAS SOLLEN WIR TUN?

Wir müssen ein Vietnam in Afrika verhindern. Wir müssen verhindern, daß die österreichische Regierung ein UNITA/FNLA-Marionettenregime als den legalen Vertreter Angolas anerkennt. Wir müssen verhindern, daß Angola zum Exerzierfeld der UNO wird. Dort, wo sich bisher UNO-Truppen einschalteten, wurde meistens eine provisorische Teilung des Landes zu einer faktischen Teilung: Zypern, Kongo...

Das südliche Afrika ist heute eines der gefährdetsten Gebiete für den Imperialismus. Eine breite Propagierung und Unterstützung der Politik und Ziele der MPLA ist nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Solidarität mit der MPLA, sondern auch zur Entlarvung der Manöver der Multis und ihrer Helfeshelfer in den staatlichen Institutionen.

Im Jänner wird in Wien in einer Großveranstaltung u. a. ein Vertreter der MPLA zu Gast sein. In "Poder Popular" Nr. 2 wird ein längerer Artikel über Angola erscheinen, das "Komitee Südliches Afrika" beschäftigt sich kontinuierlich mit den Ereignissen in Angola, Rhodesien, Südafrika und Südwestafrika.

H.S. ★



# Entscheidung gegen New York

Am 27. November feierte Amerika "Thanksgiving" – Danksagung für die gute Ernte. Das wichtigste dabei: der Truthahn, festlich zubereitet. Damit auch die New Yorker etwas zu feiern haben – es fehlt ihnen ja als Großstädter die Beziehung zur Ernte – verkündete Präsident Ford, er werde der Stadt finanziell unter die Arme greifen, nachdem er sich so lange dagegen gestäubt hatte. Als Retter in der Not konnten ihm die New Yorker dankbar sein, daß er sie nicht ganz fallen ließ. Die USA gewähren New York Kredite zur Überbrückung kurzfristiger Schulden und verhindern damit den drohenden Bankrott der Stadt. Ford steht da als großer Retter, der das Notwendige durchführt ohne mit den Steuergeldern lose umzugehen. Denn seine wochenlang ausgestoßenen Drohungen, New York nicht zu helfen, hatten eine Funktion: Dem ganzen Land und auch New York zu zeigen: Schulden machen ist unmoralisch, Geld für Sozialausgaben ist hinausgeworfenes Geld, kostenloses Studium entspricht nicht dem American way of life.

Und darum ging es: New Yorks Sozialausgaben für soziale Wohlfahrt, für kostenloses Studium, für Kultur und sonstige städtische Infrastruktur sind besonders hoch. Aus zwei Gründen: New York ist liberaler als der Rest des Landes; zum anderen aber delegiert das Land einen Teil seiner Probleme an New York und die anderen Großstädte des Nordostens. Viele Neger aus dem Süden wandern in den Norden aus, ja es werden sogar von den Weißen Busse organisiert, in die man die arbeitslosen Neger setzt, um sie dann in den Gettos des Nordens auszuladen. Daß aber die Schwarzen bereit sind, in den Norden zu gehen, fußt auf den relativ guten sozialen Hilfen die sie in diesen Städten bekommen.

Den relativ Wohlhabenden, vor allem aus der weißen Mittel- und Oberschicht werden diese Städte unheimlich unheimlich: Slums mit hoher Kriminalität, die Schwierigkeiten, das eigene Auto irgendwo zu lassen, die Umweltverschmutzung und die amerikanische Ideologie gegen die Großstadt, gegen das Apartmenthaus und für das Einfamilienhaus drängen diese Schich-

ten aus den Städten hinaus, in die Vororte. Sie benützen die Stadt als Arbeitsplatz, als kulturelles Zentrum und sie wollen auch das Amerika genießen, das eben nur in Städten möglich ist: Die Konzentration der Geschäftswelt, des Kommunikationswesens, der Schulen und der Universitäten. Aber ihre Steuern fließen nicht mehr in diese Stadt. Sie fließen in die Kassen der relativ kleinen Städte rund um die Metropolen, wo gute Schulen und schöne Swimmingpools entstehen. Wenn New York dann versucht, etwas mitzuhalten, und zu schauen, daß die Schulen in der Stadt nicht wesentlich schlechter sind als die Schulen in den Vororten und als die Privatschulen, so ist das ein unerhörter Luxus, weil er ja nicht denen zu Gute kommt, die politisch entscheiden.

Man gibt ihnen zwar keine Arbeit, und in der Krise verlieren noch viele ihren Arbeitsplatz, aber unter dem Hinweis, daß einige sich hochgearbeitet haben und jeder einzelne sich hocharbeiten könne, wird soziale Hilfe als unmoralisch betrachtet, als Schritt in den Sozialismus, was für fast alle Amerikaner noch immer der Schrecken auf Erden ist.

Ford ist es in fantastischer Weise gelungen, die reaktionärsten Gefühle der Amerikaner zu mobilisieren: New York, die Stadt der Neger, Juden, Puertoricaner, der Pornographie und des Verbrechens ist nicht amerikanisch. Es durfte Ford nicht passieren, daß ihm von dem Rechtsaußen aus Californien, Ronald Reagan, Stimmen in den Vorwahlen weggenommen werden.

Also versuchte er, New York das aufzuzwingen was in Amerika richtig und moralisch ist: Wer nicht arbeitet, soll auch nichts haben, ganz egal ob es überhaupt einen Arbeitsplatz gibt oder nicht. Daher keine Hilfe für New York, solange sich New York nicht selbst hilft: Die Selbsthilfe: Ausgabenkürzungen für soziale Maßnahmen, Kürzungen beim Personalstand, Steuererhöhungen. Alles um die Probleme in New York noch schwerer zu machen: Die Steuererhöhungen werden weitere Leute in die benachbarten Orte und Teilstaaten

treiben, wo die Steuern niedriger sind. Personal wird vor allem im Schulwesen eingespart, wodurch die Qualität der Schulen und der Ausbildung gedrückt wird. Ein Grund mehr für die Mittelschichten wegzuziehen. Wenn die Schulen in den Slums noch schlechter werden, wird es für die Gettobewohner noch schwerer sein, Arbeit zu finden, die mehr als ein vorübergehender Job ist.

Eines durfte auf keinen Fall gefährdet werden: Die Profite der Banken. Alle großen New Yorker Banken sind Gläubiger New Yorks. Nach den Schätzungen wäre zwar keine Bank in Konkurs gegangen, hätte die Stadt Bankrott gemacht, aber jede hätte riesige Verluste gehabt; darunter auch die Chase Manhattan, die Bank der Rockefellers, von denen einer derzeit Vicepräsident der USA ist. Sie machen zwar ihre Geschäfte in New York, sie leben davon, daß täglich hunderttausende aus den Vororten in das kleine Viertel am Südzipfel Manhattans kommen, sie wollen an New York verdienen (die Zinssätze der New Yorker Papiere liegen im Durchschnitt um einen Prozentpunkt über sonstigen Anleihen), aber wenn man der Stadt auch Geld gäbe käme das vor allem denen zu Gute, die kaum Bankkunden sind.

New York helfen, heißt, konsequent kapitalistische Maßstäbe an jeden ausgegebenen Dollar zu legen: nur wer etwas Produktives bringt, darf kreditiert werden. Die Hilfe für New York ist eine Verlängerung und Verschärfung der Krise.

P. R.



Spanisch-Sahara:

# Durch die Wüste

Wenn Hassan von Marokko mit seinem "Friedensmarsch" der 350.000 nichts anderes erreicht hätte, so wäre es zumindest eine der originellsten Weisen gewesen, Aggressionen durchzuführen. Nach dem Ende des Marsches sieht für die herrschenden Gruppen in Marokko die Lage weitaus besser aus: teilen sie sich doch in bester neokolonialistischer Manier die Ausbeutung der Bodenschätze in Spanisch-Sahara mit den Spaniern; Algerien und die Saharuis schauen durch die Finger.

Die historische Verwandtschaft der Saharuis (meist nomadisierende Araber und Berber in 16 Stämmen) mit den Marokkanern läßt sich nicht leugnen, hatten doch die über Afrika her-einfallenden Kolonialmächte das Land nach ihrem Gutdünken und ihrer Geometrie aufgeteilt, ohne Rücksicht auf ethnische oder gar geographische Gliederungen, was u. a. zu den diverstesten Konflikten in den afrikanischen Staaten nach deren Unabhängigkeit führte (siehe Nigeria-Biafra, Sudan, etc.). Nun hat aber die eigenständige historische Entwicklung der Saharuis zu ihrer Forderung nach staatlicher Souveränität geführt, ein Anspruch, der ihnen auch von der UNO und dem Haager Gerichtshof bestätigt wurde.

und ist das Hauptmotiv dafür, daß die Spanische Sahara eine der letzten Kolonien Afrikas war. Denn die einfache neokolonialistische Lösung, wie sie die meisten imperialistischen Staaten in den sechziger Jahren ihren afrikanischen Kolonien verordneten: daß nämlich die koloniale Verwaltung abzog, die imperialistischen Konzerne aber weiter im Land blieben – diese Lösung war den schwächsten Kolonialmächten Spanien und Portugal verwehrt. Bei einer Unabhängigkeitserklärung ihrer Kolonien hätten ihre Bourgeoisien ihren Einfluß dort zugunsten amerikanischer, britischer und westdeutscher Konzerne verloren. So unterdrückte Madrid die seit 1958 durchgeführten bewaffneten Aktionen der Saharuis, postierten nahezu soviel Soldaten im Land wie es Einwohner gab und ignorierte die Forderungen der UN zur Einleitung eines Entkolonialisierungsprozesses.

Nachdem sich ein Arrangement Spaniens mit den lokalen Scheichs abzeichnete, deren "Befreiungsbewegung" PUNS die politische Verwaltung nach dem Abzug der Spanier übergeben werden sollte, meldeten Marokko, Mauretanien und Algerien ihre Ansprüche an. Mit Hassans "Friedensmarsch" wurde eine Hauptfront zwischen Marokko und Spanien vorgaukelt, und neben der Ablenkung von allen innenpolitischen Konflikten, die Hassans Thron bedrohten (so wurden die Parlamentswahlen bis "nach der Befreiung des letzten Meters marokkanischer Erde" ausgesetzt), hatte das Manöver v. a. noch den Effekt, die Algerier, Mauretanier und die neugegründete Befreiungsbewegung POLISARIO auszuschalten. "Plötzliche Verhandlungen" konnten dann die "dramatische Situation" entschärfen und der Kuhhandel

zwischen Spanien und Marokko war perfekt: Madrid übergibt seine Kolonie zum größten Teil an Marokko, ein kleiner Landstrich kommt an Mauretanien. Spanien wird an der Ausbeutung der Phosphatvorkommen beteiligt, spanische Schiffe dürfen weiterhin vor der Küste Fischfang betreiben und eventuell bekommt Madrid sogar einen Militärstützpunkt zugesprochen.

Zwei Gruppen könnten aber längerfristig einen Strich durch diese Rechnung machen: die von Algerien unterstützte POLISARIO und die marokkanischen Massen, die über ihre Verweigerung erbittert, sich nicht mehr um den "Führer-König" scharten, sondern gegen ihn als "Verführer" Stellung nahmen.

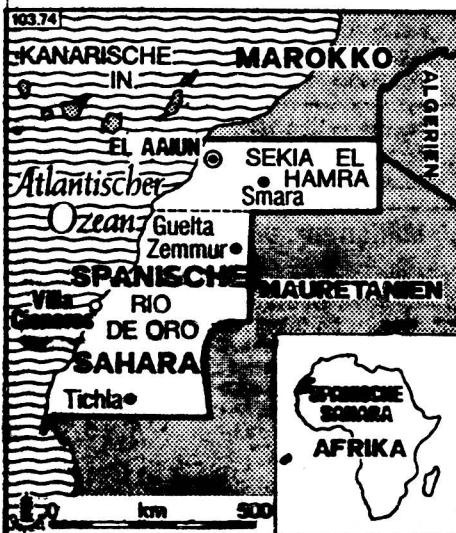
P. L.



## Roter Kalender 1976 für Lehrlinge und Schüler



Taschenkalender für den täglichen und nächtlichen Gebrauch. Mit aktuellen und historischen Daten. Literaturhinweisen. Adressen. Vielen vielen Comics. Wenigen Fotos. Haltbarem Plastikeinband. Handlich und schön rot. Und trotzdem billig: 3 Mark 50. Diesmal mit Berichten zu Portugal, Traumfußball, selbstorganisierter Freizeit, Angst und Ordnung, Wella-Wella-Mode, Lehrlingstheater. Mit Aufsätzen zu Bundestagswahl und Reformismus, Berufsausbildung und Ersatzdienst, Prüfungsgang und Schülerstreik, armen Schwämmen und terroristischen Bullen. Mit losbaren Gedichten und der Ballade vom Legionär. Und vielen anderen Sachen mehr. In (fast) allen Buchläden oder direkt beim Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98.



Daß aber diese nationale Frage nur zur Mobilisierung der marokkanischen Massen diene, dahinter aber handfeste ökonomische Interessen liegen, ist klar: der Reichtum an Bodenschätzen (v. a. an Phosphaten) und an fischreichen Gewässern vor der Küste der spanischen Kolonie ist bekannt

## AUF EINE FRAUENZEITSCHRIFT

ERSCHEINT VIERMAL IM JAHR

BESTELLUNGEN AN:

1090 WIEN,  
TENDLERGASSE 6/1-2

EINZELPREIS: 15,- S

ABONNEMENT: 50,- S; DM 10,-  
sfr. 11,-

AUSLAND INKLUSIVE PORTO

# Der Bürgerkrieg im Libanon

von Peggy Duff (gekürzte Fassung aus der ICDP-Publikationsreihe 'Facts and Findings' vom 14.11.1975)

Der Bürgerkrieg im Libanon, in dem zwischen 13. April und 24. Oktober 1975 6.000 Personen getötet und 20.000 verletzt wurden, ist in der westlichen Presse allgemein als Religionskrieg zwischen Christen und Moslems dargestellt worden.

Als der Libanon 1943 unabhängig wurde, wurden die Regierungsämter sorgfältig unter den Führern der verschiedenen Konfessionen aufgeteilt. Diese waren:

- + Die maronistischen Christen, die den östlichen Riten der Kirche folgten, aber von Rom anerkannt sind;
- + die Sunniten der orthodoxen Moslems;
- + die Shiten, eine abgespaltene Sekte des Islam;
- + die Drusen, eine weitere islamische Sekte;
- + verschiedene andere religiöse und ethnische Minoritäten wie z. B. jene der Kurden.

Diese Übereinkunft zwischen den Religionen wurde in zwei Konstitutionen niedergelegt, einer schriftlichen, die bis 1926 zurückdatiert, die andere mündlich, dem Nationalen Pakt von 1943. Gemäß diesem Pakt sind alle Ämter des Staates, der Regierung und des Parlamentes unter den verschiedenen konfessionellen Gruppen aufgeteilt und zwar nach einem Verhältnis von sechs Christen zu fünf Moslems. Wieweit dieses Verhältnis heute noch als gerecht und fair zu bezeichnen ist, ist schwer zu sagen, denn es gab seit vielen Jahren keine Volkszählung mehr. Sicher ist, daß die Zahl der Moslems gewachsen ist, insbesondere jene der Shiiten (sie sind die ärmsten unter den Moslem-Gemeinden und viele von ihnen sind in die Emigration gegangen im Gegensatz zu den



**Befreiungskämpfer**

Christen und Sunniten.) Es besteht aber wenig Zweifel, daß die Moslems insgesamt in der Mehrheit sind.

Es wurde stets davon ausgegangen, daß der Präsident der Republik und der Kommandeur der Armee jeweils Maroniten, der Ministerpräsident ein Sunnit, der Parlamentspräsident ein Shiit usw. sein sollten. So ist heute der Präsident ein Maronit, Suleiman Franjeh, und der Ministerpräsident ein Sunnit, aus Tripolis, Rashid Karame.

Das System ist archaisch. Es tendiert dazu, die Macht mittelmäßigen und korrupten Personen zu überlassen. Es führt zu endlosen bürokratischen Verzögerungen, zur sorgsam Vermeidung längst fälliger Reformen und zur Kontrolle über das Regime seitens der

Feudalherren und der reichen Geschäftsleute. Sie beherrschen das Parlament nicht zuletzt wegen der großzügigen Bestechungsgelder, die besonders zu Wahlzeiten reichlich fließen.

## DIE RECHTE - CHRISTEN

Die Falangisten, geführt von Pierre Gemayel, operieren unter der Losung "Gott, Familie, Vaterland". Sie sind bei weitem nicht die rechtesten. Rechts von ihnen steht die Front zur Verteidigung der Zedern, die im Un-





Ein maskierter Falange-Faschist

tergrund arbeitet und die Maronistische Liga, die angeblich vom Orden der Maronistischen Mönche finanziert wird. Ihre verschiedenen militärischen Formationen werden in drei Trainingszentren in Jordanien ausgebildet und erhalten ihre Waffen offensichtlich von der Libanesischen Armee (deren Offiziere zu 80% Christen sind) und aus mysteriösen Quellen in Westeuropa. Alles in allem gibt es überhaupt eine Unzahl von Privatarmeen. Jeder, der einigermaßen "wichtig" ist, Landbesitzer, Feudalherren, sie alle haben ihre eigene Miliz. In Sghorta, einem christlichen Dorf in der Nähe von Tripolis, dem Geburtsort des Präsidenten Suleiman Franjeh, haben alle fünf große Familien ihre eigene Miliz, und eine dieser Milizen wird vom Sohn des Präsidenten, Tony Franjeh angeführt... Karami hat seine Miliz in Tripolis, und der Innenminister, früherer Präsident, Camille Schamun, hat eine Leibgarde von einigen Hundert Mann.

#### DIE LINKE - MOSLEMS

Die Linke umfaßt eine Reihe von Gruppen, die in der Vereinigten Front unter Kamal Dschumblatt zusammengefaßt sind, dem Führer der Progressiven Sozialistischen Partei. Es gibt zwei Kommunistische Parteien, eine orthodoxe, geführt von Georg Hawi und eine unabhängige, weiters drei nasseristische Gruppen, eine linke, eine rechte und eine zentristische, zwei Bathistische Gruppen, eine pro-syrische und eine proirakische. Ihre Stärke ist insgesamt seit über zehn Jahren erheblich gewachsen, nicht zuletzt da sich die Kommunistische Partei nach dem Juni-Krieg 1967 in eine Massenpartei verwandelt hat. Es wird behauptet, daß ihre Waffen über den "Ho-Tschi-Minh-Pfad" von Syrien in den Süd-Libanon gelangen.

Aber das ganze Gemisch ist noch viel komplexer als es zunächst den Anschein hat. Einer der Führer der Falangisten ist ein Moslem, Kazim El

Halil. Dschumblatt, selber Moslem, ist ein Führer der Drusen. Einer der gewählten Führer der Nasseristen, hauptsächlich Moslems, ist ein Christ, Najah Wakim. Zwei Führer der orthodoxen Kommunisten, Georg Hawi und Nikola El Shawi, sind Christen. Der Bürgerkrieg ist vielmehr als eine bloße Konfrontation zwischen zwei Glaubensrichtungen. Wenn man die Klassenbasis der zwei Gemeinschaften zu untersuchen beginnt, wird es klar, daß dieser Krieg zu einem großen Umfang eine Auseinandersetzung zwischen sozialen Klassen, zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen im Libanon ist.

#### DER NICHT - SO - DISKRETE CHARME DER LIBANESISCHEN BOURGEOISIE

Eric Rouleau schreibt in einer Artikelserie über den Libanon in "Le Monde" (September 1975, 21/22): "Der Lebensstil der Privilegierten ist prahlerisch. Mehrere Autos für eine Familie, Luxusklasse, womöglich amerikanisch, sehr oft mit Telefon ausgestattet. Landhaus in den Bergen, mit Swimmingpool, Tennisplatz, Golfplatz, umgeben von einer riesigen Parkanlage, in der man sich auch zu den heißesten Jahreszeiten "ergehen" kann. Residenzen in Paris, Genf, London oder New York dienen als Aufenthaltsort für kurze Geschäftsreisen oder bestimmte Vergnügungen. Die Yacht, die in Taslik, in der Nähe von Beirut, vor Anker liegt, ermöglicht, ein angenehmes Wochenende im Kreise von Freunden zu verbringen." "Usw. usf.

Dank seiner Situation als Durchzugsstraße und dem traditionellen Scharfsinn seiner Bewohner, sowie dem ultra-liberalen sozio-ökonomischen System, ist der Libanon das kommerzielle und finanzielle Zentrum dieser Region geworden, das Bindeglied zwischen den Industriemächten und den Entwicklungsländern des Nahen Ostens. (Nach Auskunft eines Beiru-



ter Bankiers bringt mehr als die Hälfte ihrer finanziellen und kommerziellen Operationen der Libanesischen Wirtschaft kaum einen Gewinn, da die Zwischenhändler und Vermittler, die Aufträge entgegennehmen und ausführen, nur als "Postfach", als bloße Adresse existieren.)

Landwirtschaft und Industrie, in denen 40 bis 45% der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind, machen weniger als 30% des Bruttonationalproduktes aus; und nach einer anderen Schätzung entfällt auf 5% der Bevölkerung mindestens die Hälfte, wenn nicht mehr des Nationaleinkommens. Auf der anderen Seite entfallen auf alle in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Bausektor Arbeitenden nur 12 bis 15% des Nationaleinkommens.

Der Libanon ist eines der bekanntesten Steuerparadiese der Welt, Betrug und Unterschlagung wird hier auf höchster Ebene praktiziert, dies betrifft sowohl die Summen als auch die Personen. Das ist nur möglich, weil die Interessen der Großbourgeoisie und des Staates sich in einer Weise überlappen, daß man letzteren durchaus als einen "Söldner" der ersten bezeichnen kann. Dementsprechend wird wenig oder gar nichts getan, um die dringendsten wirtschaftlichen und infrastrukturellen Einrichtungen zu schaffen und zu verbessern. (Vor Beiruts Hafen warten täglich 150 Schiffe auf Entladung; das Postwesen ist katastrophal, sodaß Briefe wochenlang, manchmal ganze Monate liegenbleiben; keine öffentlichen Einrichtungen, keine neue Straße wurde seit fünf Jahren errichtet; fünfzig Dörfer im Akkargebiet sind vom restlichen Land vollkommen abgeschnitten, die zweihunderttausend Einwohner dieser Gegend haben nicht ein einziges Spital zur Verfügung.) Auf der Flucht vor Unterentwicklung und härtesten Lebensbedingungen ergoß sich eine Flut der Landbevölkerung in Richtung Beiruter Lichtermeer und zivilisatorischen "Glanz", was zur Folge hatte, daß in den Randbezirken der Stadt annähernd einundeinhalb Millionen Menschen zusammengepfercht leben (über die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Libanon!). In fünfundzwanzig Jahren würde bei anhaltender Entwicklung die Hauptstadt samt "Vorstädten" drei der vier Millionen Einwohner des Landes umfassen.

## VERWUNDBARE WIRTSCHAFTS-STRUKTUREN

Weitsichtige Geschäftsleute haben die Explosion seit Jahren vorausgesehen. Seit dem aufsehenerregenden Bankrott der Intra Bank 1966, der das Vertrauen der gesamten arabischen Welt in das Bank-System des Libanon erschütterte, fanden immer mehr Petrodollars ihren Weg nach Europa und den USA - ohne den üblichen Transitweg durch Beirut. Das einzige Handelsmonopol Beiruts wird mehr und mehr von den Häfen in Port Said, Suez, Alexandria und Lattakia durchbrochen. Die Inflation in den Industrieländern hat im Libanon, der fast alle seine Konsumgüter importieren muß, einen dramatischen Effekt. Immer mehr kleinere Geschäfte gingen zugrunde. Das Bruttonationalprodukt stagnierte (bei einer Inflationsrate von 15%). Besonders die Kleinbourgeoisie wurde von dieser Entwicklung, die vor allem ihre gewohnten Lebensbedürfnisse verteuerte, alarmiert.

Die soziale Polarisierung führte schließlich zum Bürgerkrieg. Er wurde von den Wohlhabenden akzeptiert, da sie nicht wahrhaben wollten, daß die Glocke dem "wilden" Kapitalismus des laissez-faire geschlagen hat. Sie klammern sich an ihre Privilegien, die sie aus einer anderen Epoche des Liberalismus geerbt haben.

## DAS NICHT - SO - DISKRETE ELENDDER ARMEN MOSLEMS

Sechshunderttausend Menschen leben im "Elendsgürtel", der Beirut und die Vorstädte umschlingt. Die Sterb-

lichkeitsrate ist hier zwei bis dreimal so hoch wie der nationale Durchschnitt. Chatila ist eines der Ghettos des Stadtproletariats: In dieser Stadt, in der die Lebenshaltungskosten so hoch sind wie in New York, verdienen 72% der Arbeiter durchschnittlich 425 Libanesisches Pfund im Monat (1,25 Libanesisches Pfund = 2,50 Dollar), und das ist zweimal so wenig wie eine sechsköpfige Familie als Minimum für Essen und Wohnen braucht - Transport, Schule und medizinische Betreuung nicht gerechnet.

Diese Inseln des Elends entstellen Beirut wie Krebsgeschwüre den Körper. Palästinaflüchtlinge errichteten die ersten Kerne dieser schrecklichen Siedlungen vor mehr als einem Vierteljahrhundert. Sunnitische Moslems, Araber und Kurden folgten ihnen und ließen sich neben ihnen nieder. Später kamen die Shiitischen Moslems. Sie stellen heute die Mehrheit des "Elendsgürtels". Ganze Dörfer wurden von der Landflucht erfaßt und hierhergeworfen.

## DIE LEIDEN DER BAUERN

Denn seit Erlangung der Unabhängigkeit, vor 32 Jahren, hat der Staat kein einziges Bewässerungsprojekt gefördert, hat den Bauern keine technische und finanzielle Hilfe gewährt. Sie sind auf Gedeih und Verderb den drei "Großmächten" ausgeliefert, wie sie sagen: den Großgrundbesitzern, die in Beirut leben und ihnen das Land verpachten; den lokalen Behörden, die ihnen die offizielle Erlaubnis erteilen, auf welcher Fläche wieviel Tabak sie anbauen dürfen; das staatliche Monopol, das ihre Ernte

**HEINZ KOLISCH**  
**LIEBIGASSE 9**  
**43 21 21**  
**1010 WIEN**



zu fixen Preisen ankauft, die einseitig, nämlich vom Staat festgelegt werden. Und wenn diese drei Mächte dem Landarbeiter das Leben nicht vollkommen unmöglich machen, ist er der Gnade der vierten "Großmacht" noch nicht sicher - der Geldleiher und Kreditgeber.

Aus historischen Gründen stellen die Drusen und vor allem die Moslems (Shiiten und Sunniten) die unterste Stufe der Pyramide dar, trotzdem oder gerade weil sie am zahlreichsten sind. Die Christen bilden einen dominierenden, dynamischen Faktor (Handelsbourgeoisie), zu deren Stellung ihnen nicht zuletzt die ehemaligen Kolonialisten verholfen haben: sie beherrschen zwei Sprachen, die sie in den konfessionellen Schulen erlernen und genießen seit jeher das Vertrauen des Westens, vor allem Frankreichs. Die Christen, die nicht mehr als 40% der Gesamtbevölkerung ausmachen, haben eine Alphabetenrate, die zwei- bis dreimal niedriger ist als die der übrigen Bevölkerung, sie stellen das Gros der Akademiker, Geschäftsleute, Beamten und höherer Berufe. Sie haben einen höheren Lebensstandard. Der Konflikt ist also ein Klassenkonflikt, trotz aller religiöser, geographischer, kultureller "Vermischung". Es ist der Konflikt zwischen den ungebührlich reichen Christen und den ungebührlich armen Moslems.

#### ROLLE UND BEDEUTUNG DER PLO UND SYRIENS IM KONFLIKT

Aber das ist noch nicht alles. Es ist noch eine weitere Komponente des Konflikts da. Die Fallangisten und ihre Verbündeten bekämpfen erbittert die Palästinenser. Nicht nur gegen deren Anwesenheit im Land opponieren sie, sondern vor allem gegen deren autonomen Rechte, die sie nach dem Kairoer Abkommen 1969 erhalten haben. Die Fallangisten haben dementsprechend - obwohl sie es niemals offen zugeben - mit den Israelis diesbezüglich gemeinsame Interessen. Der frühere Ministerpräsident Raschid El Solh, Moslem, beschuldigte die Fallangisten, daß ihre Waffen gegen die Palästinenser ge-

richtet sind, während die Waffen der Palästinenser sich gegen die Israelis richten.

Die Beteiligung der Palästinenser am Bürgerkrieg ist stets übertrieben worden. Sie beschränken sich darauf, ihre Lager zu verteidigen. Ihnen geht es vor allem darum, ihre Rechte nach dem Kairoer Abkommen, die im Abkommen von Rabat 1974 bekräftigt wurden, nicht zu verlieren. (Das erste gab ihnen das autonome Verwaltungsrecht aller Palästinensischen Lager in arabischen Ländern und das zweite, das Hussein mit Widerwillen zu schlucken hatte, das alleinige Vertretungsrecht über alle Palästinenser.) Wenn sie im Libanon gegen die Fallangisten verlieren, wären beide Abkommen sinnentleert, eine leere Hülle.

Syrien, das sich durch das Interims-Abkommen Sadats mit Israel weitgehend im Stich gelassen fühlt, sieht seine Position durch den Bürgerkrieg im Libanon noch mehr gefährdet. Eine Niederlage der Palästinenser würde den Weg über den Südlibanon in Richtung Syrien freigeben. (Daß Israel eine Intervention im Libanon sich vorbehält, ist nicht nur Stellungnahmen israelischer Politiker zu entnehmen; wieweit es Israel damit ernst ist, zeigt dramatisch die Warnung seiner amerikanischen Freunde in Washington vor einem solchen denkbaren Schritt).

#### LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN DES KONFLIKTS

Die Kämpfe flackern immer wieder auf und lassen nach. Sie nahmen zu, als im Februar 1975 die Fischer von Sidon demonstrierten und die Armee schoß: Elf Demonstranten wurden getötet. Sie loderten erneut auf, als siebenundzwanzig Personen, die das Christenquartier von Ain El Rummanah, passierten, erschossen wurden. Sie erreichten ihren Höhepunkt im Oktober im Handelsviertel von Hamra und in der Nähe der Nobelhotels Holiday Inn, Phönicia und St. George. Etliche Waffenstillstände wurden ausgehandelt, gebrochen und wieder aus-

gerufen. Folgende Lösungen zeichnen sich ab:

- 1) Die Teilung des Landes, die von den extremsten Fallangisten befürwortet wird, aber sowohl von allen Moslems als auch von den Maroniten wegen der absehbaren Folgen abgelehnt wird.
- 2) Ein Staatsstreich der Maroniten, um eine Militärregierung zu bilden, wie im Mai dieses Jahres. Es war damals ein Fehlschlag, und ein neuerlicher Versuch würde auf die geschlossene Opposition der PLO, Syriens, der Linken und auch gemäßigter Maroniten stoßen.
- 3) Eine Revolution von links kann ausgeschlossen werden. Niemand innerhalb der Linken, die PLO eingeschlossen, trachtet danach. Es werden einschneidende Reformen verlangt.
- 4) Reformen: sie werden unterstützt von der Mehrheit der Moslems und von jenen Christen, die ihre kommerziellen und finanziellen Bastionen erhalten und ausbauen wollen. Sie müßten die Regierung von allen konfessionellen Rücksichtnahmen freimachen, eine handlungsfähige Regierung, die Konzessionen an die Linke machen, insbesondere soziale Reformen durchsetzen, den Lebensstandard der Habenichtse erhöhen kann. Der Wahl aller staatlichen und administrativen Organe müßten die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse zugrundegelegt werden.

Da ist kein Zweifel, wer an der Fortsetzung des Bürgerkriegs im Land Interesse hat: diejenigen Gruppierungen, die ihre Privilegien erhalten wollen. Und außerhalb des Landes vor allem Israel.



# club links

Wien 2. (Odeongasse 1)  
Eingang Große Mohrengasse  
Telefon 24 70 402  
Öffnungszeiten 19 Uhr  
Programmbeginn um 19 Uhr

Fr. 12. 12. Der Fall Dr. Vogt: DIE ÄRZTEKAMMERSCHLÄGT ZU

Sa. 13. 12. Clubabend: WOLF ZNIDARIC liest aus seinem Stück  
"Unter den Pflastersteinen liegt der Strand"

Sa. 20. 12. Brechtabend mit OTTO TAUSSIG (Burgtheater)

Mi. 31. 12. SILVESTERPARTY

Fr. 9. 1. "MINDERHEITENFESTSTELLUNG"  
Es spricht ein slowenischer Kollege

Sa. 10. 1. Lesung mit ERNST, HENISCH, PEVNY, TURRINI, ZENKER

Wien 2., Odeongasse 1 - Eingang Große Mohrengasse Tel. 24 70 402

PROGRAMMBEGINN JEWEILS 19 UHR



## Stipendien- kampagne : Fordern – aber wie und mit wem ?

Mit Beginn dieses Semesters überraschten nahezu sämtliche politischen Fraktionen die Studenten damit, daß sie einen Großteil ihrer Aufmerksamkeit der sozialen Lage der Studenten schenken. Viele Kollegen werden sehr froh darüber gewesen sein, daß dieser Punkt, in diversen Programmen diskret mitgeschleppt, nun Gegenstand einer Kampagne geworden ist, denn:

+ Wenn man nicht das Glück hat, "materiell abgesichert" zu sein, wird das Studium immer schwieriger. Die Bemessungsgrundlagen für Studienbeihilfen vom Eltern-einkommen her berechnet, entsprechen in keiner Weise den Bedürfnissen der Studenten, weil sie durch Nominallohnsteigerung und Inflation längst einer anderen Zeit angehören. Aus denselben Gründen sind die Lebenshaltungskosten gestiegen, sodaß sich die Lage mit doppelter Geschwindigkeit verschlimmert.

+ Nur mehr 16% der Studenten beziehen eine Studienbeihilfe, da sie die Kriterien erfüllen; aber für diese Studenten deckt das Stipendium keineswegs die Lebenshaltungskosten. Weitere 10% fallen nicht unter die Kriterien, müssen aber arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. Auch die Stipendienbezieher brauchen mehr Geld, verlieren aber ihr Sti-

pendium, wenn sie regulär arbeiten. Viele verzichten daher eher auf das unzureichende Stipendium. Dabei wird es aber immer schwieriger, gute Jobs zu finden und gerade in dieser Gruppe beeinträchtigt die Arbeit das Studium, wenn die formalen Anforderungen hoch sind oder kontinuierlich hinaufgeschraubt werden.

+ Die soziale Lage der Studenten weist zwar extreme Unterschiede auf – ein kleiner Teil, vorwiegend Arbeiterkinder, ist in einer materiell schlechten Situation; der größere Teil wird, vorwiegend von den Eltern unterstützt und befindet sich in einer besse-



### ERGEBNISSE DER PERSONALVERTRETUNGSWAHLEN BEI DEN HOCHSCHULLEHRERN

● Zentralausschuß (gesamt Österreich):

Abgegebene Stimmen . . . . .	3904	Wahlbeteiligung	76 %
Aktionsgemeinschaft HS-Lehrer (Einheitsliste des Assistenten- und Professorenverbandes, ÖVP-nahe) . . .	3318		
Sozialistische HS-Lehrer . . . . .	443		
Linksblock . . . . .	143		

● Hauptausschuß – Universität Wien:

Abgegebene Stimmen . . . . .	1206	Mandate	
Aktionsgemeinschaft HS-Lehrer . . . .	1012		13
GAKU <sup>+</sup> . . . . .	194		2

● Hauptausschuß – Technische Universität Wien:

Abgegebene Stimmen . . . . .	483	Mandate	
Aktionsgemeinschaft HS-Lehrer . . . .	410		8
GAKU . . . . .	73		1

+ Wir berichteten in der letzten Nummer über das Zustandekommen und die politische Ausrichtung der GAKU (Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kritische Universität)

## Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME .....

ADRESSE .....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, – (inkl. Porto)  
für das Ausland: S 50, – (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



ren materiellen Lage – aber die ökonomische und ideologische Abhängigkeit von der Familie kann oft ebenso drückende Formen annehmen.

Die Lage der Studenten in der Gesellschaft hat sich verändert, die Zukunft, die Berufsperspektive, schaut auch nicht mehr rosig aus. Die Zeit an der Universität ist nicht mehr eine Zeit des "Zähne zusammenbeißen" mit einer besseren Zukunftserwartung. Managerposten stehen nur noch wenigen offen, wenn auch die Aufstiegs-erwartungen noch vorhanden sind. Der Bildungsboom, Ergebnis einer Veränderung der Produktivkräfte in einer Zeit der Prosperität, hat bewirkt, daß die bürgerliche Eliteuni-versität endgültig der Vergangenheit anzugehören beginnt. Peinlich, daß die "schmerzlichen Veränderungen" nun mit der kapitalistischen Krise zusammenfallen. Peinlich für die Bourgeoisie, daß Akademikerarbeits-losigkeit und mißliche soziale Lage der Studenten wieder einmal ihre Unfähigkeit, die gesellschaftliche Produktion harmonisch und krisenfrei zu gestalten, zum Ausdruck bringt.

In dieser Situation muß natürlich ein Sündenbock gesucht werden. Es fällt der parlamentarischen Opposition zu, die jeweils herrschende Fraktion als "Alleinschuldigen" an "Minuswachstum", Arbeitslosigkeit und Inflation hinzustellen. Der parlamentarische Machtwechsel zwischen zwei oder mehreren bürgerlichen Regierungs-parteien ist die verewigte Form der wahren Ursachen der wirtschaftlichen Krise.

Seit sich in Österreich eine sozial-demokratische Partei an der Regie-rung befindet, haben die rechten Studentenparteien ÖSU und RFS in diesem Rahmen eine ganz bestimmte Aufgabe: das, was sie "sozialistische Hochschulpolitik" nennen, zu entlarven. Alljährlich um die Zeit der Budgettrede erheben ÖVP- und FPÖ-Unterorganisationen in allen gesell-schaftlichen Bereichen landauf, land-ab ein großes Gejammer, so auch an den Hochschulen. Dabei "borgt" man sich oft das Vokabular der Linken aus, kleidet ständische Forderungen in verbalradikale Gewänder und fordert auch recht populäre Dinge, wobei man nur an eines nicht im Ernst denkt: an die Erfordernisse der realen Er-

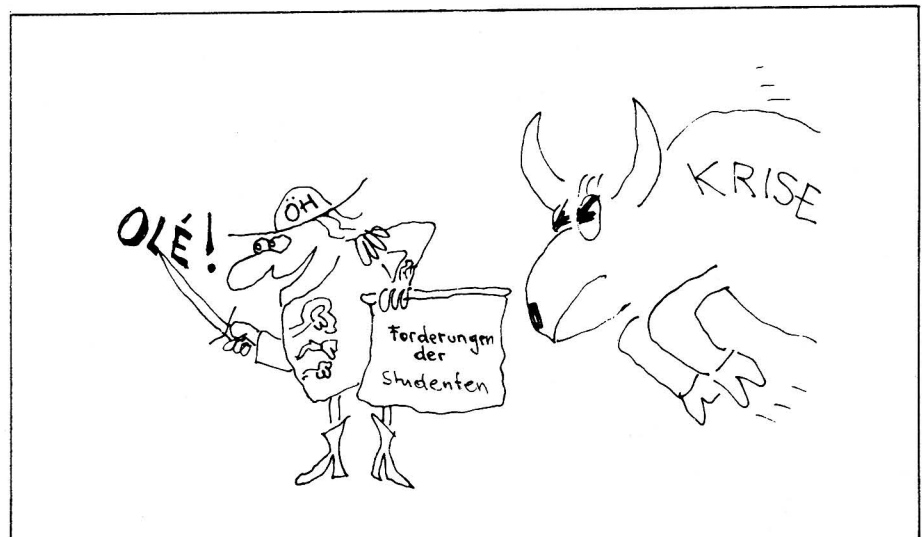


füllung. Denn diese Kampagnen dienen zunächst und vor allem einem Ziel: die herrschende Regierung zu denunzieren und die "echten" bürgerlichen Parteien als bessere Regierungsalternative hinzustellen. Diese Strategie läßt sich schon daran durch-schauen, daß alljährlich von der ÖSU-ÖH einfach ein publicityträch-tiger Zeitpunkt gewählt wird: die Budgettrede (wenn das Budget schon seit Monaten aufgeteilt ist). Diese Kampagne ist minuziös geplant, in Graz wurde die Forderung, die In-halte der Kampagne doch zunächst einmal unter den Studenten zu dis-kutieren, einfach vom Tisch ge-wischt. Die ÖSU-Bonzen wissen natürlich ganz genau, daß eine Erhö-hung und Neuverteilung der Stipen-dien eine Änderung des Studienbei-hilfengesetzes voraussetzen würde. Wie lange dieser parlamentarische

Zirkus dauert, wissen gerade diese Herren. Nur schlecht verhüllt die ÖSU-ÖH ihre eigentlichen Drahtzie-her in Industrie und Wirtschaft: so wird zur Finanzierung ihrer Forde-rungen die Drosselung der Schulbuch-aktion gefordert, bekanntlich der Hauptangriffspunkt der ÖVP-Opposi-tion an der SP-Schulpolitik.

Es gibt einige linke Gruppen, die das Zustandekommen einer Einheitsfront für diese materiellen Forderungen als ihren Erfolg buchen wollen. Sie haben nicht verstanden, daß sie damit nur die Zugpferde einer rechten "Anti - Firnberg-Kampagne" werden.

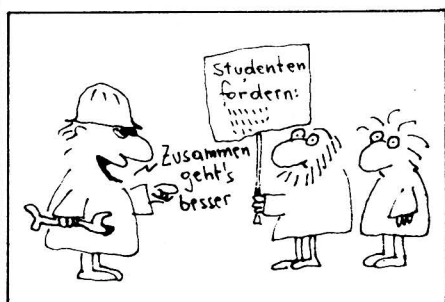
Alle bürgerlichen Medien konnten sich freuen, daß die Studenten end-lich ihre Spaltung in Linke und Rech-te überwunden haben und ihre Ge-meinsamkeit, Student zu sein, er-kannt haben.



Hier liegen die zentralen Fehler von KSV, VSStÖ und MLS, die sich an der ÖSU-Demonstration am 2. Dezember 1975 beteiligt haben. Auf der Suche nach einem möglichst breitem Bündnis oder aus Angst, sich von den Studenten zu isolieren, haben sie versucht, den Charakter der reaktionären ÖSU-Kampagne zu verändern. Sie haben damit hauptsächlich erreicht, daß die ÖSU-ÖH, die trotz enormen materiellen Aufwandes (über 100.000,- Schilling) nicht mehr als ca. 200 Studenten für ihre Ziele mobilisieren konnte, sich nicht total entblöbte und vor der Öffentlichkeit auf den starken Rückhalt ihrer Forderungen unter den (linken) Studenten verweisen kann.

Die Stipendienkomitees an den Instituten haben sich mit ihrer antikapitalistischen Ausrichtung, die sich vor allem in der Finanzierungsfrage ausdrückt, in dieser Demonstration nicht artikulieren können. Es wird an ihnen liegen, Lehren daraus zu ziehen, einerseits in der Einschätzung, daß eine ÖSU-dominierte ÖH nicht der Ausdruck und die Koordination der vorhandenen Basisaktivitäten sein kann, andererseits, daß es falsch wäre, Stipendienforderungen isoliert zu stellen, daß es notwendig ist, mit Organisationen der Arbeiterbewegung und vor allem mit anderen in Ausbildung befindlichen Gruppen (Schüler, Lehrlinge) ein gemeinsames Forderungsprogramm zur Ausbildungsförderung zu entwickeln.

Die DSU (Demokratische Studenten Union), die föj-Bewegung für Sozialismus und die GRM (Gruppe Revolutionärer Marxisten) haben versucht, diese Perspektiven auch schon während der Demonstration zu vermitteln. Es kommt jetzt darauf an, innerhalb der Basiskomitees diese Vorstellungen zu diskutieren, damit die Auseinandersetzung mit der sozialen Lage der Studenten nicht weiterhin ein Privileg der ÖVP bleibt.



## Betrifft: Iberia-Aktion

Kurt Langbein und Hans Steiner wollen Kriterien herausarbeiten, die geeignet sind, Vorfälle wie die Iberia-Aktion so zu betrachten, wie es linke Gruppen tun sollten. Es geht ihnen dabei weder um die Begrüßung, noch um die Verurteilung der "Ausschreitungen" (Zitat!) am 2. Oktober. Sie wollen nicht werten (die Bezeichnung der Vorfälle als 'Ausschreitungen' ist sicher keine Absicht), sie wollen analysieren. Zum Schluß tun sie's doch: "Diesen Rahmen wollten die Demonstranten vor der Iberia sprengen, sicherlich jedoch auf eine zu spontane und unkontrollierte Art." Nach welchen Kriterien "zu spontan" und "unkontrolliert"?

Es hapert auch sonst in der Kriterien-Herausarbeitung, inhaltlich und formal:

"Obwohl es sicherlich falsch ist, durch nicht verständliche Aktionsformen kurzfristig wieder die Parole von 'Ruhe und Ordnung' heraufzubeschwören, wäre es generell verhängnisvoll, zu glauben, daß Aktionen egal welche Form sie annehmen, – die Ursache für die jeweilige Repression der Rechten ist."

Heißt es nun: es ist verhängnisvoll zu glauben, daß Aktionen unabhängig von ihrer Form als Ursache für die Repression dienen können? Dann stimmen wir ja überein. Oder heißt es vielmehr: unabhängig von ihren Formen – also so und so – dienen Aktionen der Linken als Ursache für die Repression der Rechten. Das wäre Fatalismus. Auch wenn dieser Fatalismus "positiv" gewendet würde:

"Dementsprechend kann für die Linke die Gefahr solcher Repressionen nicht automatische Handlungsunfähigkeit bedeuten."

Automatisch nicht und auch sonst nicht. Aber zwischen Handlungsunfähigkeit und differenziertem politischem Handeln ist wohl ein Unterschied? Zum Fatalismus gesellt sich Pessimismus:

"Auch das Argument, daß die Aktionen von der Mehrheit der Bevölkerung nicht verstanden wurden beziehungsweise auf Ablehnung stoßen, ist zwar berechtigt, trifft aber auf jeden Schritt linker Politik zu."

Der Schritt linker Politik, in den der Marsch der fünftausend Anti-Franco-Demonstranten in Wien einstimmte, wurde von der Mehrheit der Bevölkerung anders verstanden als der darauffolgende Steinhaag vor der Iberia. Sicherlich: "Antikapitalistische Inhalte, wie Infragestellung der staatlichen Autorität, des bürgerlichen Besitzes, der Hierarchie werden unter gegenwärtigen Bedingungen in Öster-

reich nur von bestimmten Schichten verstanden und gutgeheißen."

Aber wozu die Abschweifung? Wo und wie wurde vor der Iberia "staatliche Autorität, bürgerlicher Besitz und Hierarchie" in Frage gestellt? Bei der Spaniendemonstration ging es um die Verurteilung der Hinrichtung der fünf spanisch-baskischen Patrioten, um die Forderung nach dem Sturz der Franco-Diktatur. Dieser Protest und diese Forderungen wurden – wie es den Autoren weiter unten als politische Rechtfertigung der Aktion vor der Iberia aus der Feder fließt – von zu vielen Schichten in Österreich verstanden und gutgeheißen, denn:

"Nach dreißigjährigem Schweigen haben sämtliche gesellschaftlich relevanten Kräfte von der Christdemokratie bis zur Sozialdemokratie plötzlich ihre antifaschistische Gesinnung im Zusammenhang mit Spanien entdeckt."

Diesen Rahmen einer in der Tat ohne Differenzierung bedenklichen Gesinnungsgemeinschaft vor der Iberia zu sprengen, war es – ob spontan oder nicht, ob unkontrolliert oder nicht – richtig oder falsch? Ob diese Aktion der Sache gedient hat oder nicht, politisch eben, das ist die eine Frage. Die andere, ob sie nicht gerade im Gegenteil sogar mißbraucht worden ist – gar nicht spontan und ganz und gar kontrolliert – durch eine bestimmte Polizeitaktik: das ist psychologisch? Was hat das mit KP-Praktiken zu tun? Ist das Wort "Provokation" und die Praxis der Reaktion, die es bezeichnet, psychologisch? Ist es noch nie vorgekommen, daß Aktionen, die "auf eine zu spontane und unkontrollierte Art" ausgetragen wurden, sich als Falle seitens der Rechten entpuppt haben?

Wie verhängnisvoll eine solche Art des Agierens und des dieses Agierens entschuldigenden oder bemäntelnden Argumentierens sein kann, zeigen die jüngsten Ereignisse in Portugal in aller Dramatik. (Die Fallschirmjäger von Tancos...)

Es ist das Verdienst der Autoren des Leserbriefs, daß sie die Diskussion in Gang gebracht haben.

Zsolt Patka



# PODER POPULAR

Portugal-Spanien  
NACHRICHTEN

**Nr.2 erscheint im Jänner**

PORTUGAL : Interview mit Arno Münster  
Die ökonomische Situation  
Das Bildungswesen  
Berichte zur aktuellen Situation

ANGOLA : MPLA, FLNA und UNITA

SPANIEN : Die politischen Strömungen  
Interview mit einem Mitglied  
der Arbeiterkommission

Bestellungen an das Sekretariat der Organisation  
A-1040 Wien, Belvederegasse 10

Die Organisationen – Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit, FÖJ – Bewegung für Sozialismus, Freidenker-Bund, Verband Marxistischer Arbeiterjugend – haben in gemeinsamer Arbeit im "KOMITEE FÜR STRAFFREIE ABTREIBUNG" eine Broschüre zusammengestellt.



**Freie Entscheidung  
für die Frau -  
weder Gebär- noch  
Abtreibungszwang!**

**Nie mehr vor den Richter -  
unbefristete  
Freigabe der Abtreibung!**

**Verhütungsmittel und  
Abtreibung  
auf Kassenkosten!**

Die Broschüre hat folgenden Inhalt:

Schwangerschaftsabbruch – ein Problem der Gesellschaft / Sozialdemokratie und Abtreibungsfrage / Die Kirche als ein Hauptfeind der Fristenlösung / Also sprachen die Bischöfe / Die Geschichte der Abtreibung / Die Abtreibungsfrage in den kapitalistischen Staaten / ... und in den Oststaaten? / Familienplanung in Ungarn / Wer wagt, verliert.

Zu beziehen bei den jeweiligen Organisationen bzw. im Sekretariat der FÖJ – Bewegung für Sozialismus: 1040 Wien, Belvederegasse 10. Telefon: 65 19 52.

Meinungen, Argumente, Stellungnahmen zur Abtreibungsfrage

**aspekte**

**THESEN  
ZUR  
HOCHSCHULPOLITIK**

bewegung für sozialismus 10j

**beiträge zur theorie  
und strategie der linken**

**Redaktionskollektiv Hochschulgruppe:**

**THESEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK**

1. Zur Strategie an den Hochschulen
2. Welche Funktion kommt der Wissenschaft im Kapitalismus zu?
3. Universität und Ausbildung

Diskussion zur Organisationsfrage

Zur Geschichte der FÖJ – Bewegung f. Sozialismus

Zu beziehen im Sekretariat der Organisation:  
1040 Wien, Belvederegasse 10.